

24. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz

9./10 Juli 2005, Berlin, Velodrom

AntragstellerInnen: Bundesvorstand

Gegenstand: Bundestagswahlprogramm

Anmerkungen: Beschluss vom 21.06.2005

WP 01

G r ü n e

Wahlprogramm 2005

SOLIDARISCHE MODERNISIERUNG

UND

ÖKOLOGISCHE VERANTWORTUNG



Inhalt

Seite

Präambel	3
Neue Arbeit schaffen – Arbeit mit Zukunft - Teilhabe statt Ausgrenzung	11
Ökologisch Fahrt gewinnen - Mehr Grün für Umwelt und Verbraucher	22
Die Bildungsrevolution beginnen - Zukunftschancen für alle	31
Vorfahrt für Kinder - Kinder achten und fördern	33
Gleiche Chancen - Gleiche Rechte - Selbstbestimmung für Frauen	35
Offene Gesellschaft und demokratische Teilhabe - Bürgerrechte stärken	38
Europa in der Einen Welt - Globalisierung gerecht gestalten	46

Liebe Wählerin,
lieber Wähler,

mit dem Wahlprogramm, das Sie in den Händen halten, möchten wir Sie von
5 unserem Weg der solidarischen Modernisierung und der ökologischen Verant-
wortung überzeugen. Wir setzen uns ein für eine Gesellschaft, in der die Men-
schen die notwendigen Veränderungen ohne Angst vor Arbeitslosigkeit und
Ausgrenzung mitgehen können. Wir wollen Sie davon überzeugen, dass das
wichtige Thema der Ökologie auf der Tagesordnung bleibt. Ohne Ökologie ist
kein Leben möglich, kein Arbeiten und keine wirtschaftliche Entwicklung, keine
10 Gerechtigkeit und keine Freiheit. Solidarische Modernisierung heißt für uns auch:
Wir werben für eine Stärkung der Bürgerrechte und eine tolerante Gesellschaft.
Und wir möchten Sie gewinnen für die gerechte Gestaltung der Globalisierung
und den Schutz der Menschenrechte.

15 Unsere Gesellschaft befindet sich in einem tiefgreifenden Umbruch. Der wirt-
schaftliche Druck wird auch im Zuge der Globalisierung immer größer und
gleichzeitig steckt Europa in einer Krise. Trotz zahlreicher umweltpolitischer Er-
folge nimmt die Umweltbelastung weiter zu und eine ökologische Weltwirt-
schaft ist in weiter Ferne. Die sozialen Sicherungssysteme erodieren auf Grund
des Wandels von Wirtschaft und Altersstruktur. Wir erleben die zunehmende
20 Ausgrenzung eines Teils der Gesellschaft. Die Arbeitswelt verändert sich drama-
tisch. Klassische Vollerwerbsarbeitsplätze brechen weg, Millionen sind arbeitslos
und viele leben in unsicheren Arbeitsverhältnissen. Die öffentlichen Haushalte
sind zudem dramatisch verschuldet und viele Kommunen stehen vor dem
Bankrott.

25 Diese Schwierigkeiten wollen wir offen ansprechen. Die Antworten darauf sind
weder einfach noch bequem. Nur wenn wir und Sie gemeinsam den Mut haben,
uns diesen Fragen offen zu stellen, können wir zusammen unserer Gesellschaft
eine echte Perspektive geben. In den vergangenen sieben Jahren konnten wir
wichtige Fortschritte erzielen: beim Atomausstieg, in der Energiepolitik, beim
30 Umwelt- und Klimaschutz, in der Außen- und Friedenspolitik, bei der Integration
Europas, beim Staatsbürgerschaftsrecht und der Migrationspolitik. Ob in der
Verbraucher- und Agrarpolitik, in der Renten- und Sozialpolitik, bei der Leben-
spartnerschaft, in der Frauenpolitik, wir stellen fest: Auf der Habenseite der rot-
grünen Koalition stehen hauptsächlich grüne Erfolge. Und wir haben in all diesen
35 Bereichen viele weitere Ideen und Konzepte, die wir in die Tat umsetzen wollen.

Wir stellen Ihnen in diesem Programm dar, wo wir Erfolge hatten, aber auch wo
wir uns nicht durchsetzen konnten. Wir sagen Ihnen auch, wo wir dazugelernt
haben und neue Impulse geben wollen. Unsere Gesellschaft braucht starke
GRÜNE, damit wir unseren Weg der solidarischen Modernisierung und ökologi-
40 schen Verantwortung weitergehen können. Wir sprechen in unserem Programm
über grüne Ziele und Visionen und über konkrete Vorschläge, die wir Schritt für
Schritt umsetzen wollen. Und für diese Ziele werben wir um Ihre Stimme bei der
Bundestagswahl.

Freiheit braucht Teilhabe und Gerechtigkeit

45 Grüne Politik zielt auf Freiheit und Selbstbestimmung. Aber wir können sie nur
erreichen, wenn es auch gerecht zugeht.

Unsere Politik hat gerade auch diejenigen im Blick, die von Ausgrenzung be-
troffen sind oder in eine ungewisse soziale Zukunft blicken. Wir formulieren An-

50 gebote für ein selbstbestimmtes Leben in sozialer Sicherheit. Millionen in unserer Gesellschaft sind zu lange schon ohne Arbeit oder haben Angst ihren Job zu verlieren. Viele fühlen sich ausgeschlossen oder sind verunsichert. Dabei reicht die Verunsicherung bis tief in die Mitte der Gesellschaft. Nach dem neuen Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung gehört den wohlhabendsten zehn Prozent der Deutschen inzwischen fast die Hälfte des gesamten Nettovermögens. Die unteren zehn Prozent besitzen nichts mehr außer Schulden.

60 Wir GRÜNE haben uns um neue gesellschaftliche Probleme und Schief lagen gekümmert und hartnäckig an ihrer Überwindung gearbeitet. Diese Hartnäckigkeit ist gefordert, wenn die brennende soziale Frage der Gegenwart - Teilhabe und gesellschaftlicher Zusammenhalt unter Bedingungen der Globalisierung – zur Beantwortung steht. Als eine moderne, werteorientierte und emanzipative Linke geht es uns darum, den Gerechtigkeitshorizont zu erweitern, und für die Ausgeschlossenen und Verunsicherten Partei zu ergreifen. Doch für mehr Gerechtigkeit brauchen wir auch eine wirtschaftliche Modernisierung, die neue Arbeitsplätze schafft. Grüne stehen für nachhaltige wirtschaftliche Dynamik.

70 Wer ist drinnen und wer draußen? Und wie holen wir die Ausgeschlossenen wieder herein? Das sind die zentralen sozialen Fragen des globalisierten und postindustriellen Zeitalters, auf die der gerechte Sozialstaat eine Antwort geben muss. Vielfach wird hierbei arrogant von einer neuen „Unterklasse“ gesprochen, die "auf den richtigen Weg" gebracht werden müsse. Eine solche Politik stellt sich „über“ diese Menschen. Das empfinden wir als anstößig. Außerdem verkennt sie die Unterschiedlichkeit der Lebenslagen, die von sozialem Ausschluss betroffen sind. Es geht um Langzeitarbeitslose, Alleinerziehende, arbeitslose Akademiker, Jugendliche ohne Schulabschluss, Ältere ohne Aufgabe und viele Migranten. In unserer Gesellschaft gibt es Menschen, die nie reinkamen, es gibt Menschen, die aus der Mitte nach unten durchgefallen sind, und es gibt eine wachsende Gruppe von „Verunsicherten“, die Angst haben, heraufzufallen.

80 Diesen Menschen geben wir eine Antwort, die Freiheit und soziale Sicherheit verbindet, indem sie Selbstbestimmung und Anerkennung ermöglicht. Arbeit und Wohlstand wird es in Deutschland nur geben, wenn wir den Mut zu mehr Freiheit und Verantwortung aufbringen. Entgegen der neoliberalen Politik von CDU/CSU und FDP wissen wir: Freiheit lässt sich nur leben, wenn man nicht täglich in der Angst um die eigene Existenz lebt. Wir wollen keine Gesellschaft, in der der Wohlstand der einen mit der Armut und der Abstiegsangst der anderen erkaufte wird. Aber uns geht es auch nicht um die Illusion einer Sicherheit, die die Freiheit erstickt. Unsere Gesellschaft braucht mehr Dynamik, aber wir können von den Menschen nur dann mehr Initiative und Eigenverantwortung verlangen, wenn wir gleichzeitig dafür sorgen, dass sie diese Verantwortung auch tragen können und nicht ins Bodenlose fallen. Wir wollen einen bürgerfreundlichen Staat, der die Menschen in ihrer Selbstbestimmung stützt und unterstützt, der sie weder gängelt und kontrolliert, noch bloß das Laissez-faire verkündet.

95 Freiheit braucht soziale Sicherheit. Eine alleinerziehende Mutter kann nur arbeiten, wenn sie die Möglichkeit zur Kinderbetreuung hat. Eine private Altersvorsorge kann sich nur leisten, wer über ein entsprechendes Einkommen verfügt. Und zu gesellschaftlichem Engagement ist nur in der Lage, wer nicht ums eigene Überleben kämpfen muss. Das ist unser Unterschied zu der neoliberalen Politik von Merkel/Westerwelle/Stoiber, die die Menschen liegen lässt, wenn sie hin-

100 gefallen sind. Wir glauben nicht an die Allzuständigkeit des Staates und wollen
 eine lebendige und solidarische Bürgergesellschaft. Eine solche Gesellschaft wird
 es jedoch nur geben, wenn der Staat seinen Grundaufgaben nachkommt und
 die Menschen vor Armut und Willkür in Schutz nimmt. Wir bieten Ihnen eine
 105 Politik an, die den notwendigen Kurs der wirtschaftlichen und sozialen Erneue-
 rung weitergeht, ohne dass die Menschen davor Angst haben müssen im Ab-
 seits zu landen. Wir streiten dafür, dass Gerechtigkeit *gleiche* Freiheit bedeutet
 und nicht die Freiheit der Ellbogen.

Freiheit braucht Bildung und Arbeit. Wenn sich die neue soziale Frage auf
 Grund von sozialer Ausgrenzung und Verweigerung gesellschaftlicher Teilha-
 110 be stellt, dann kann dies nicht spurlos an unserer Vorstellung von Vertei-
 lungsgerechtigkeit vorbeigehen. Mit anderen Worten: Wir stehen vor Vertei-
 lungsfällen neuer Art. Auch wenn wir die individuellen Sozialtransfers im un-
 teren Bereich für verbesserungswürdig halten, so ist doch festzustellen, dass
 das Hauptproblem in der Ausgestaltung der Bildungsinstitutionen und des
 Zugangs zum Arbeitsmarkt liegt. Diese sind für individuelle Selbstbestimmung
 115 und gesellschaftliche Anerkennung unerlässlich. Um individueller Ausgren-
 zung zu begegnen, brauchen wir verlässliche Sicherheiten und Zugangs-
 rechte, wie eine armutsfeste Grundsicherung und reale Beschäftigungschan-
 cen.

Umwelt macht den Unterschied

120 Modernisierung ist ohne ökologische Verantwortung nicht möglich. Unsere
 Umwelt ist die gefährdete Grundlage unseres Lebens. Die Klimazerstörung
 schreitet mit dramatischer Geschwindigkeit voran, die Polkappen schmelzen und
 die Erderwärmung nimmt zu. Die Ökologie in dieser Situation aus kurzfristigen
 125 Erwägungen ins Abseits zu stellen, hieße den Ast abzusägen, auf dem wir sitzen.
 Doch Umweltschutz ist nicht nur eine Frage des Lebens und Überlebens, sie ist
 auch eine handfeste wirtschaftliche Frage. Wohlstand und Wachstum brauchen
 Umwelt- und Klimaschutz, doch die Industrieländer verbrauchen unverantwor-
 tlich viel globale Ressourcen. Länder wie China und Indien erleben einen rasanten
 wirtschaftlichen Aufstieg und reklamieren dabei selbstverständlich einen stei-
 130 genden Anteil an den begrenzten natürlichen Ressourcen. Energie und Rohstoffe
 verteuern sich und die Umweltbelastung nimmt global drastisch zu. In dieser
 Situation haben die Volkswirtschaften gar keine andere Wahl, als nach erneuer-
 baren Energieträgern zu suchen und den Ressourcenverbrauch zu bremsen. Wer
 hier die Nase vorn hat, wird erhebliche Wettbewerbsvorteile haben.

135 Die Weltbevölkerung wächst und damit die Herausforderung der Ernährungssi-
 cherheit. Es wäre verantwortungslos, darauf mit Agro-Gentechnik statt mit einer
 neuen Agrarpolitik zu reagieren, die auch den Interessen der Entwicklungsländer
 Rechnung trägt. Wir GRÜNE sind eine starke Stimme für Umwelt- und Natur-
 schutz, für neue Landwirtschaft und Verbraucherschutz. Wir orientieren uns an
 140 dem Ziel einer nachhaltigen Entwicklung und einer nachhaltigen Wirtschaftswei-
 se. Ein Zurück zur gefährlichen Atomenergie, wie es CDU/CSU und FDP wollen,
 wird es mit uns nicht geben. Eine atomare Welt wollen wir unseren Kindern
 nicht überlassen. Das sieht die große Mehrheit der Deutschen genauso und wir
 werden dafür kämpfen, dass keine Regierung hier jemals das Rad wieder zu-
 145 rückdrehen kann.

Deutschland ist grüner geworden

Wir GRÜNE konnten viel bewirken. Die vergangenen sieben Jahre waren eine Periode der grünen Veränderungen und Aufbrüche.

- 150 Wir haben für einen umweltpolitischen Aufbruch gesorgt und wesentliche Erfolge beim Verbraucherschutz erzielt. Durch uns ist Deutschland heute globaler Markt- und Technologieführer bei Windkraft und bei der Photovoltaik. Zehntausende neue Arbeitsplätze sind durch diese aktive Industriepolitik entstanden.
- 155 Überall im Land installieren Mittelständler neue Anlagen, bauen Handwerksbetriebe Energiesparteknik und Wärmeisolierung in Gebäude ein und verweisen Häuslebauer stolz auf die Solarzellen auf dem Dach. Durch uns haben Landwirte neue Chancen als Energiewirte und durch die Förderung des ökologischen Landbaus bekommen. Durch uns wurde die Macht der Verbraucherinnen und Verbraucher gestärkt und so zukunftsfähiges Wirtschaften begonnen. Unsere
- 160 Republik ist grüner geworden.

- In der Gesellschaftspolitik haben wir das noch aus der Kaiserzeit stammende Staatsbürgerschaftsrecht reformiert und mit der Anerkennung Deutschlands als Einwanderungsland endlich den Weg frei gemacht für eine zukunftsfähige Integrationspolitik. Ohne uns hätte es eine Entschädigung der NS-Zwangsarbeiter nicht gegeben. Mit der eingetragenen Lebenspartnerschaft für gleichgeschlechtliche Paare ist uns eine kleine Kulturrevolution gelungen. Wir haben die Gleichstellung von Frauen und Männern, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und beste Chancen für alle Kinder voran gebracht. Wir haben uns eingesetzt für eine offene und tolerante Gesellschaft, in der alle Menschen selbstbestimmt und in
- 165 Sicherheit und Frieden leben können.
- 170

- Bei allen Schwierigkeiten gab es auch im wirtschaftlichen und sozialen Bereich Fortschritte. Neben der Verteilungsgerechtigkeit setzen wir auf Teilhabegerechtigkeit, Geschlechtergerechtigkeit, Generationengerechtigkeit und Internationale Gerechtigkeit. Wir haben das Rentensystem generationengerechter gemacht, den Anstieg der Gesundheitsbeiträge gestoppt und Kinder und Familien besser gestellt. Wir haben die kleinen und mittleren Unternehmen spürbar entlastet und damit Arbeit und soziale Sicherheit an der richtigen Stelle gesichert.
- 175

- Die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe war ein richtiger, wenn auch ungenügender Schritt in Richtung einer sozialen Grundsicherung, dem zudem im Einzelnen bisher noch viele Fehler anhaften.
- 180

Globale Verantwortung für Sicherheit, gerechte Globalisierung, Frieden und Menschenrechte wurden zum Leitbild der deutschen Außenpolitik. Dafür haben wir uns in Europa ebenso eingesetzt wie im Rahmen der Vereinten Nationen.

Schwarze und rote Blockaden

- 185 Vieles wurde im Bundesrat seit 1999 von CDU/CSU unverhohlen und zum Schaden der Bürgerinnen und Bürger blockiert. Oft wurde die Zustimmung zu notwendigen Reformen mit erpresserischen Forderungen verbunden, die konservativen Lobbyinteressen dienen oder die politische Balance verletzen. Das galt in der Steuerpolitik wie bei der Föderalismusreform und dem Umweltgesetzbuch, bei Gesundheits- und Arbeitsmarktreform, bei Zuwanderung und Bürgerrechten.
- 190

Grün ist in der Regierung treibende Kraft gewesen. Wir sind bei unserem Koalitionspartner aber auch immer wieder an Grenzen gestoßen. Statt Partei für die kleinen und mittleren Unternehmen zu ergreifen, erwies sich die SPD oftmals als strukturkonservative Partei der großen Konzerne. So bedurfte es jahrelanger Auseinandersetzungen, um die steuerliche Diskriminierung von Gas gegenüber Kohle und Atom endlich abzuschaffen und für Wettbewerb in der Energiewirtschaft zu sorgen. In der Verkehrspolitik haben wir zwar die Investitionen in die Schiene gesteigert und die LKW – Maut eingeführt, eine wirkliche Verkehrsverlagerung auf die Schiene und hin zu umweltschonender Mobilität konnten wir noch nicht durchsetzen. Der Abbau umweltschädlicher Subventionen ist nicht schnell genug vorangekommen. In der Innenpolitik mussten wir vielfach dafür sorgen, dass Otto Schily die CDU/CSU nicht rechts überholte. Die SPD war für eine Modernisierung der Gesellschaft, aber nicht selten blockierte sie gleichzeitig, wie zum Beispiel in der Zuwanderungspolitik oder beim Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft. Den Ausstieg aus der Wehrpflicht haben wir verfochten, aber noch nicht zum Abschluss bringen können.

Ehrliche Bilanz - Aus Fehlern lernen

Wir mussten in den letzten Jahren vieles gleichzeitig anpacken, weil die gesellschaftlichen Herausforderungen nach beherzten Reformen verlangten. Zu einer ehrlichen Bilanz gehört es festzustellen, dass auch wir Fehler gemacht und aus Fehlern zu lernen haben. Auf das dramatische Problem der Massenarbeitslosigkeit, die Globalisierung und die Klimazerstörung gibt es keine einfachen Antworten, wie es uns die Neoliberalen oder altlinken Populisten vormachen wollen. Alte Sicherheiten sind ins Wanken geraten, und nicht immer haben die eingeleiteten Reformen rechtzeitig neue Sicherheiten und gerechte Zukunftsperspektiven entstehen lassen. Die Antworten, die wir gegeben haben, wurden oft als kalt empfunden. Technokratische Bezeichnungen wie "Hartz IV" und "1-Euro-Job" haben dazu beigetragen. In der Steuerpolitik war die Senkung der Sätze richtig, aber es war falsch, sie nicht ausreichend durch die Beseitigung von Ausnahmen gegenzufinanzieren. Der Staat hat inzwischen eine zu schwache Einnahmebasis.

Es war ein Fehler, die Arbeits-, Wirtschafts- und Sozialpolitik in den letzten Jahren zu stark der SPD zu überlassen, die hier eine Kernkompetenz beansprucht, aber vielfach nicht einlöst. So steht in der Arbeitsmarktpolitik das Fördern der Arbeitssuchenden noch nicht hinreichend dem Fordern gegenüber. Wir wollen als Partei der Selbstbestimmung die Ehepartner stärker mit einem eigenen Anspruch ausstatten. Wir wollen, dass auch arbeitslose Partner ohne eigenen Leistungsanspruch einen eigenen Zugang zu aktiven Hilfen und einem eigenem Krankenversicherungsschutz haben. Schließlich muss privates Altersvorsorgevermögen stärker als bisher vor der Anrechnung beim Arbeitslosengeld II geschützt werden. Die Lohnnebenkosten sind gerade im unteren Einkommensbereich immer noch zu hoch und wir müssen daran arbeiten, dass sie erheblich sinken und so Arbeit in den neuen Dienstleistungsfeldern entsteht - gerade in den innovativen Beschäftigungsfeldern wie Gesundheit, Bildung, Betreuung, Kommunikation, Umwelt und neue Energien. Wir müssen mehr Ideen und mehr Mittel in Bildung und Forschung investieren, um so zu mehr Innovation bei Technik und Verfahren zu kommen.

Wir wissen, dass wir nur zu mehr Arbeit und sozialer Sicherheit kommen, wenn wir den schwierigen Weg der Veränderung weitergehen. Das Ziel ist die Sicherung von Solidarität und sozialer Bürgergesellschaft durch Reformen des Sozial-

staates. Wir reformieren ihn, weil wir ihn auch künftig brauchen. Wir haben verstanden, dass wir noch stärker darauf achten müssen, alle auf diesem Weg mitzunehmen. Wir wollen unser Land weiter modernisieren, aber wir werden
245 dafür eintreten, dass es dabei gerecht und solidarisch zugeht.

Auf GRÜNE kommt es an

Wir versprechen Ihnen nicht, dass es einfach wird, den begonnenen Weg der solidarischen Modernisierung und ökologischen Verantwortung zu gehen. Wir sind jedoch sicher, dass es sich lohnt, darum zu kämpfen und dass es der richtige
250 Weg für unser Land ist. Entlang unserer Werte der Ökologie, der Selbstbestimmung, der Gerechtigkeit, und der Demokratie entwickeln wir unsere grüne Agenda im Sinne des Gemeinwohls.

Wir wollen mit unserer Wirtschafts- und Sozialpolitik die Voraussetzungen für neue Arbeitsplätze mit Zukunft schaffen und soziale Ausgrenzung bekämpfen. Unsere Gesellschaft braucht ein kreatives und produktives Klima, in dem neue Beschäftigungsbereiche entstehen und Innovation gedeiht und die Kompetenzen aller Menschen einbezogen werden. Wir treten ein für eine Senkung der Lohnnebenkosten im unteren Einkommensbereich, um so Beschäftigung in den neuen Dienstleistungsfeldern zu schaffen. Für diese Beitragsentlastung wollen wir
255 überflüssige Subventionen streichen sowie Spitzeneinkommen und Konzerngewinne stärker einbeziehen. Wir wollen die solidarische Bürgerversicherung, die soziale Grundsicherung und Mindestlohnregelungen einführen, eine europäische Sozialordnung entwickeln und einen entschlossenen Kampf gegen Steuerflucht und -hinterziehung führen.

Wir wollen den Kampf gegen die Klimazerstörung und für eine neue Energiepolitik verstärken. Unsere Wirtschaft wollen wir ressourcenschonend gestalten. Mit neuer Energie wollen wir weitere hunderttausende neue Arbeitsplätze im Umweltsektor schaffen und uns für den Schutz der Natur einzusetzen. Und wir kämpfen für eine Verkehrspolitik, in der Autofahren ökologischer und Bahnfahren billiger und attraktiver wird.
260
265
270

Wir wollen eine neue Landwirtschaft und starke ländliche Räume, wir wollen die Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher stärken und gesunde Lebensmittel für alle. Für uns hat die Gesundheit der Verbraucher Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen. Deshalb ist es richtig, die Agrarwende konsequent weiter zu führen mit einem Verbraucherinformationsgesetz und durch verständliche Kennzeichnungen offen zu legen, was in Lebensmitteln und Konsumgütern steckt, damit jeder sich frei entscheiden kann.
275

Wir wollen den Menschen durch Bildung eine Zukunftsperspektive geben. Bildung darf nicht eine Frage des Geldbeutels sein. Es ist richtig, Kinder von Anfang an individuell zu fördern und ein Aussortieren in der Schule zu verhindern. Unser Ziel ist es, den Anteil derer, die keinen Abschluss bekommen, massiv zu senken und den Anteil derjenigen, die zum Studium kommen, deutlich zu erhöhen. Wir wollen, dass allen Kindern und Jugendlichen eine Perspektive eröffnet wird und keines in Armut und Unsicherheit leben muss. Deshalb ist es richtig, Kinder individuell zu fördern, ihnen zu eigenen Rechten zu verhelfen und das Leben mit ihnen abzusichern.
280
285

Weiterbildung muss endlich zu einer neuen Säule unseres Bildungswesens werden.

290 Gleiche Rechte für Frauen heißt gleiche Chancen und Anerkennung ihrer Lebensentwürfe. Wir wollen eine Arbeitswelt, die Frauen gleiche Löhne für gleichwertige Arbeit zahlt, ihnen gleiche Aufstiegschancen bietet und in der sie nicht an der Doppel- und Dreifachbelastung scheitern.

295 Wir wollen das Engagement für Demokratie, Bürgerrechte, Minderheiten und eine weltoffene Gesellschaft weiter führen. Der Realität der multikulturellen Demokratie begegnen wir nicht mit Abschottung und Diskriminierung nach innen und außen, sondern mit einer Politik der Anerkennung und Integration. Gewaltherrschaft und die staatlich organisierte Massenvernichtung von Menschen gehören zur jüngeren deutschen Geschichte. Das Leid der Opfer des Naziterrors können wir nicht wieder gutmachen. Wir halten die Erinnerung wach und sie hält uns wach. Das bestärkt uns in unserem Engagement gegen Antisemitismus und Rechtsextremismus.

300 Wir treten national wie international für die gerechte Globalisierung und eine dem Frieden, den Menschenrechten und der Demokratie verpflichtete Außenpolitik ein. Wir wollen ein starkes demokratisches und solidarisches Europa. Es ist richtig, dass internationale Sicherheit viel mehr braucht als Militär, nämlich Krisenprävention, Menschenrechte, Demokratie, Armutsbekämpfung, geostrategische Umweltpolitik und faire Chancen für Entwicklungsländer.

305 **GRÜNE statt schwarz-gelbe Republik**

310 Wer in Anbetracht der schwierigen Lage wie CDU/CSU und FDP mit einfachen Antworten kommt, nachdem er jahrelang im Bundesrat blockiert hat, lügt. Und wer jetzt nicht einmal den Mut hat, seine Pläne offen zu legen, um möglichst wenige Wähler zu verschrecken, lügt doppelt. Schwarz-gelb bietet angesichts der Sorgen der Menschen vor Arbeitslosigkeit nicht mehr, sondern weniger soziale Sicherheit und soziale Rechte: Einschränkung des Kündigungsschutzes, Beschneidung der Arbeitnehmerrechte, Eingriff in die Tarifautonomie.

320 Schwarz-gelb bietet angesichts der sozialen Schieflage zwischen arm und reich nicht mehr, sondern weniger Gerechtigkeit: Kopfpauschale in der Krankenversicherung, Belastung unterer Einkommen und Entlastung von Spitzenverdienern. Schwarz-gelb vertritt ein Steuerkonzept, das die Reichen belohnt und die Menschen mit unteren und mittleren Einkommen schwächt. CDU/CSU und FDP reden von einer Reform der Sozialversicherungssysteme, meinen aber eine Zweiklassen-Medizin.

325 Schwarz-gelb will nicht mehr, sondern weniger Ökologie: Wiedereinstieg in die Atomkraft und Gefährdung von vielen Arbeitsplätzen im Bereich der Erneuerbaren Energien.

330 Schwarz-gelb beantwortet die Herausforderungen der modernen Gesellschaft nicht mit Selbstbestimmung und Anerkennung unterschiedlicher Lebensentwürfe, sondern mit Ausgrenzung, Stillstand in der Gleichstellungspolitik für Frauen, Rückschritte bei den Rechten für Schwule und Lesben, Abbau von Flüchtlingsrechten, Integration als Zwangsmaßnahme. CDU/CSU reagieren auf Sicherheitsbedrohungen mit dem systematischen Abbau von Freiheitsrechten. Doch wer die Freiheit im Namen der Sicherheit abschafft, wird am Ende beides verlieren.

335 Das Ungleichgewicht im Spannungsverhältnis von Kapital und Arbeit soll von CDU/CSU und FDP noch gesteigert werden. Frau Merkel nennt das „Agenda

Arbeit“. Aber tatsächlich zerstört sie das Soziale der Marktwirtschaft. Schwarz-
gelb hat mit seiner Mehrheit im Bundesrat einen Vorgeschmack darauf gegeben,
was Deutschland unter Merkel/Westerwelle/Stoiber erwarten würde: Viele der
als besonders ungerecht empfundenen Regelungen bei den Reformen gehen auf
340 das Konto von schwarz-gelb im Bundesrat. Bei der Gesundheitsreform hat sich
die Union zum Büttel der Pharmaindustrie und Apothekenlobby gemacht und
deren Privilegien verbissen verteidigt. Bei den Zuverdienstmöglichkeiten bei
HARTZ IV standen CDU/CSU auf der Bremse. Die Zumutbarkeitsregelungen bei
HARTZ IV wurden von CDU/CSU erzwungen. Die leeren öffentlichen Kassen
345 und die damit verbundenen Kürzungen in Bund, Ländern und Kommunen sind
auch Folge des von CDU/CSU blockierten Abbaus von Steuersubventionen.

GRÜN wählen

Seit unserer Gründung sind wir GRÜNE Kraft der gesellschaftlichen und politi-
schen Erneuerung in der Bundesrepublik. Wir GRÜNE haben gemeinsam mit
350 vielen Mitstreiterinnen und Mitstreitern die Gesellschaft schon aus der Opposi-
tion heraus nachhaltig geprägt. Wir sehen selbstbewusst auf das, was wir in den
letzten sieben Jahre in der Bundesregierung geleistet haben. Und wir haben viel
vor.

Wenn Sie uns ein Mandat dafür geben, sind wir zur Regierungsbeteiligung be-
355 reit und werden sie für den Weg der solidarischen Modernisierung und der
ökologischen Verantwortung nutzen. Wir werden unser Land nicht kampflos
schwarz-gelb überlassen. Ebenso warnen wir vor einer großen Koalition. Nur
eine Stimme für GRÜN kann Merkel verhindern.

Die Politik von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat gezeigt: GRÜN stellt sich den
360 Herausforderungen und Schwierigkeiten, vor denen unsere Gesellschaft steht.
Wir können auch Opposition. Bei uns entstehen Visionen und Konzepte. Wir
werden nicht nachlassen in unserem Engagement für mehr Gerechtigkeit, mehr
Selbstbestimmung, mehr Ökologie und mehr Demokratie.

365 *Wir bitten Sie deshalb: Wählen Sie am 18. September GRÜN. Stimmen Sie für
eine solidarische und ökologische Zukunft.*

Neue Arbeit schaffen – Arbeit mit Zukunft - Teilhabe statt Ausgrenzung

370 Wir GRÜNEN wollen Sie für einen Aufbruch für Arbeit mit Zukunft gewinnen, der allen die Teilhabe an der Gesellschaft ermöglicht statt viele auszugrenzen. Wir wollen Veränderung und Engagement in unserer Gesellschaft, weil in einer sich rasant wandelnden Welt im eigenen Land nicht alles bleiben kann wie es ist. Aber wir wollen diesen Weg, anders als CDU/CSU und FDP, so gehen, dass alle mitkönnen. Es darf nicht ein Teil der Gesellschaft in der sozialen Sackgasse landen. Wer hingefallen ist, muss wieder aufstehen können. Wer rausgeflogen ist, muss wieder zurückkommen können. Freiheit braucht eben auch soziale Sicherheit. Freiheit ohne Gerechtigkeit ist immer nur die Freiheit von Wenigen. Deshalb braucht ein globalisierter, zunehmend entfesselter Kapitalismus einen selbstbewussten und handlungsfähigen Staat und eine starke EU als Korrektiv. Wir wollen, dass politisches Handeln Bürgerinnen und Bürger unterstützt und zu Selbstbestimmung und Freiheit ermutigt, statt sie zu bevormunden oder in falscher Sicherheit zu wiegen.

385 Mit der rot-grünen Steuerreform, der Senkung der Lohnnebenkosten, den Reformen in den sozialen Sicherungssystemen und auf dem Arbeitsmarkt haben wir die Rahmenbedingungen für Unternehmen und neue Arbeitsplätze deutlich verbessert. Kleine und mittlere Einkommen sowie Familien mit Kindern wurden spürbar entlastet. Der Mittelstand profitiert zusätzlich von der Anrechnung der Gewerbesteuer auf die Einkommenssteuer. Dennoch ist die Arbeitslosigkeit weiter dramatisch hoch. Viele Arbeitslose leiden unter mangelnder Anerkennung und sozialer Ausgrenzung. Eine „Schicht der Ausgeschlossenen“ ist zunehmend abgekoppelt von der gesellschaftlichen Teilhabe an Arbeit, Bildung und Wohlstand. Gleichzeitig wachsen die Absturzängste und die Verunsicherung bis tief in die Mitte der Gesellschaft. Vorfahrt für Arbeit darf nicht bedeuten, dass viele unter die Räder kommen. Den von CDU/CSU und FDP angestrebten Wettlauf um niedrigere Löhne, weniger Mitbestimmung und immer niedrigere Steuern kann unser Land nicht gewinnen. Nicht billiger, sondern innovativer und kreativer ist die Chance von Produkten aus Deutschland. Deshalb beschreiben wir Ihnen in unserem Programm Wege einer neuen Arbeitspolitik, die Erschließung neuer Beschäftigungsfelder, die Senkung der Lohnnebenkosten im unteren Einkommensbereich. Wir fordern den Ausbau einer sozialen Grundsicherung, die Einführung von Mindestlöhnen und den Aufbau einer Bürgerversicherung sowie die Neugestaltung der Lebensarbeitszeiten. Das ganze Paket ist als langfristig angelegtes und aufeinander abgestimmtes Programm unsere Antwort für einen Sozialstaat im Globalisierungszeitalter. Wir wollen das Primat der Politik behaupten und Globalisierung gestalten.

Dies ist ein mühsamer Prozess, der nicht immer gleich Früchte trägt. Dafür muss sich allerdings auch die Wirtschaft zu ihrer Verantwortung bekennen.

Ressourcenleichtes Wirtschaften

410 Die Grünen stehen in einer wachstumskritischen Tradition. Einer Politik des „Wachstum um jeden Preis“, ohne Rücksicht auf Mensch und Natur, stellen wir uns entgegen. Gleichzeitig ist eine Überwindung der drückenden Erwerbslosigkeit, die finanzielle Sicherung des Sozialstaats und der Abbau der Staatsschulden ohne wirtschaftliche Dynamik nicht denkbar.

- 415 Die zentrale Herausforderung für eine zukunftsfähige Wirtschaftspolitik liegt in einer Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Naturverbrauch. Statt Ökonomie und Ökologie gegeneinander auszuspielen, geht es darum, die Chancen zu erschließen, die in umweltverträglichen Energietechniken, Werkstoffen und Produkten liegen.
- 420 Unsere Vorstellung für eine zukunftsfähige Ökonomie heißt „ressourcenleichtes Wirtschaften“: die Herstellung von Produkten und Dienstleistungen bei minimalem Einsatz von Rohstoffen und Energie. Es geht um eine fortlaufende Steigerung der Materialeffizienz, um das möglichst vollständige Recycling von Abfällen und um den Ersatz umweltschädlicher durch umweltfreundliche Stoffe.
- 425 Die Unternehmen gewinnen dabei durch einen Senkung ihrer Materialkosten, die Volkswirtschaft durch sinkende Rohstoffimporte. Gleichzeitig verbessert ressourcenleichtes Wirtschaften die Umweltqualität und vermeidet Konflikte um knapper werdende Rohstoffe.
- Wir wollen den Übergang zu einer ressourcenleichten Ökonomie fördern durch
- 430 Eine Konzentration der Forschungs- und Technologieförderung auf umweltverträgliche Produkte und Technologien
- Die Streichung von Subventionen, die den verschwenderischen Umgang mit knappen Ressourcen begünstigen
- Eine höhere Kostenbelastung des Naturverbrauchs durch Abgaben, Ökosteuern oder handelbare Zertifikate
- 435

Kreativität, Bildung und Innovation schaffen Arbeit

- Viele Produkte, auf denen bislang unser Wohlstand basierte, können mittlerweile günstiger in anderen Ländern produziert werden. Die Konkurrenz um niedrigere Löhne, schlechtere Arbeitsbedingungen und weniger Arbeitnehmerrechte wollen wir nicht gewinnen. Stattdessen liegt die Zukunft unseres Landes in innovativen Konzepten, kreativen Produkten und gut ausgebildeten Menschen. Wir wollen mit neuen Produkten und Dienstleistungen unsere wirtschaftliche Entwicklung auf eine neue Basis stellen. Der Bereich der Erneuerbaren Energien mit hunderttausenden Jobs zeigt das Potenzial innovativer Produkte.
- 440
- 445 Neue Chancen ergeben sich insbesondere für die Chemieindustrie durch den Ersatz gefährlicher Chemikalien durch gesundheitlich und ökologisch unbedenkliche Stoffe, durch den Einsatz nachwachsender Rohstoffe und neuer Bioraffinerie-Technologien. Die Weiße Biotechnologie ist hoch innovativ bei der umwelt- und ressourcenschonenden Herstellung von Enzymen - zum Beispiel für Waschmittel. Wir Grüne wollen die Potenziale der Weißen Biotechnologie nutzen, um industrielle Produktionsverfahren zu verbessern und Innovationen auf diesem Gebiet voranzutreiben. Hier können hunderttausende neue Arbeitsplätze entstehen.
- 450
- 455 Wer wie schwarz-gelb die letzten sieben Jahre rückgängig machen will, gefährdet Arbeitsplätze.
- Unsere GRÜNE Strategie „Weg vom Öl“ ist ein beispielloses Programm für Arbeit mit Zukunft. Auch hier zeigt sich das Ökonomie und Ökologie kein Widerspruch sind. Wachstum zu Lasten der Natur kann bestenfalls kurzfristige Erfolge erzielen und verschiebt die Probleme auf Kosten kommender Generationen.

460 Mittel- und langfristig kann nur eine Wirtschaftsweise bestehen, die die natürlichen Lebensgrundlagen, auf denen sie basiert, nicht zerstört. Es gibt viele Bereiche, in denen mit GRÜNEN Ideen, schwarze Zahlen geschrieben werden können: Gesundheit, Pflege und (Weiter-)bildung sind riesige Wachstumsmärkte. Integrierte, umweltschonende Verkehrssysteme sind die Lebensadern einer zusammenwachsenden Welt. Die globale Nachfrage nach dezentraler Energietechniken wie Brennstoffzellen oder computergesteuerten Mikrokraftwerken steigt. In der Nanotechnologie, bei neuen Werkstoffen, der Mikrosystemtechnik sowie in der Informations- und Kommunikationstechnologie liegen ebenfalls Chancen für hunderttausende neue Arbeitsplätze. Der Wandel zu einer Wissensgesellschaft wird weltweit neue Beschäftigungsfelder und Dienstleistungen hervorbringen.

Der Tourismus ist ein bedeutender Wirtschaftsfaktor mit Millionen Arbeitsplätzen, die vom Erhalt regionaler Kultur und Natur leben. Dieses Potential wollen wir erweitern und fördern.

475 Naturschutz schafft Arbeitsplätze. Und das vor allem dort, wo sonst keine wirtschaftlichen Entwicklungsalternativen in Sicht sind.

Innovation und Kreativität brauchen Bildung und Forschung. Deshalb wollen wir in unser Bildungssystem investieren und die Ausgaben für Forschung und Entwicklung auf drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts steigern.

480 Deutschlands Wirtschaft ist am leistungsfähigsten, wenn es eine gute Mischung aus kleinen, mittleren und großen Unternehmen gibt. Wir wollen den Anliegen der kleinen und mittleren Unternehmen Gehör verschaffen. Sie sind für Innovationen und Beschäftigung unverzichtbar. Finanzierungs- und Nachfolgeprobleme, die schlechte Zahlungsmoral und zunehmende Rechtsstreitigkeiten, Korruptionen und Schwarzarbeit haben kleinen und mittleren Unternehmen in den letzten Jahren zugesetzt. Hier wollen wir mit gezielten Maßnahmen gegensteuern.

Mehr Jobs im Dienstleistungssektor durch niedrigere Lohnnebenkosten

Nicht die Löhne sind in unserem Land zu hoch, sondern die Lohnnebenkosten. Gerade im personalintensiven Dienstleistungssektor, bei Teilzeitarbeit und im unteren Lohnbereich schließen die hohen Lohnnebenkosten Menschen vom Zugang zum Arbeitsmarkt aus. Die Schere zwischen Brutto- und Nettoeinkommen wirkt hier besonders beschäftigungshemmend und führt zu unzureichenden Löhnen, wenig regulärer Beschäftigung und ein Abgleiten in die Schwarzarbeit. Die Lohnnebenkosten im unteren Einkommensbereich sind regelrechte Barrieren für Beschäftigung. Andere Länder haben in diesen Bereichen wesentlich mehr Arbeitsplätze. Dieses Potenzial für neue Jobs wollen wir auch für unser Land vergrößern. Deshalb wollen wir Beschäftigungsverhältnisse im unteren Einkommensbereich spürbar von Lohnnebenkosten entlasten. Statt die Lohnnebenkosten abrupt mit dem vollen Satz einsetzen zu lassen, wollen wir sie durch Zuschüsse ähnlich wie die Steuersätze mit zunehmendem Gehalt langsam ansteigen lassen. Viele Jobs werden erst so für Arbeitgeber und Arbeitnehmer überhaupt attraktiv, Schwarzarbeit lohnt sich nicht und die Beschäftigten sind trotz niedrigerer Sozialabgaben voll sozial abgesichert. Davon werden vor allem Frauen profitieren, da sie häufiger in Niedriglohn- und Teilzeittätigkeit beschäftigt sind. Gerade für Menschen mit geringerer Qualifikation eröffnet dieser Ansatz neue Perspektiven für die Teilhabe am Arbeitsmarkt. Finanzieren wollen wir die

Senkung der Lohnnebenkosten im unteren Einkommensbereich durch eine stärkere Besteuerung von privaten Spitzeneinkommen.

510 **Neue UnternehmerInnen braucht das Land**

515 Neue Beschäftigung findet zunehmend in Selbständigkeit statt. Wir brauchen eine neue Kultur der Selbständigkeit und Existenzgründung gerade für Frauen. Bürokratische Hürden und Kammerzwänge müssen abgebaut werden. Wir wollen, dass unternehmerisches Engagement und Verantwortung für Arbeitsplätze am Standort mehr Anerkennung in der Gesellschaft findet. Dazu gehört für uns auch eine moderne öffentliche Verwaltung, die mittelständische Unternehmen unterstützt, ermutigt und fördert. Kleine und mittlere Unternehmen brauchen eine solide Kapitalbasis, um zu investieren und Arbeitsplätze zu schaffen. Wir wollen geeignete Finanzierungsinstrumente, wie zum Beispiel Kleinkredite, entwickeln und ausbauen.

520 **Vielfalt ist produktiv**

525 Die Potenziale der Migrantinnen und Migranten und derer Kinder finden sich in allen gesellschaftlichen Bereichen wieder. Weltmarktkonkurrenten wie die USA und Frankreich haben längst erkannt, dass Mehrsprachigkeit und vielfältige kulturelle Erfahrungen für die Wirtschaft und für die volkswirtschaftliche Produktivität von Nutzen sind.

530 Neueste Studien belegen, dass größere Vielfalt (diversity) das Einkommen aller steigert. Wir wollen die deutsche Wirtschaft deshalb ermutigen, eine „Charta der Vielfalt“ auf freiwilliger Basis zu schaffen, die die gesellschaftlichen Realitäten und Potenziale entsprechend positiv behandelt und darüber hinaus ihre Attraktivität im internationalen Wettbewerb um Spitzenkräfte steigert.

Für eine selbstbewusste und eigenständige ostdeutsche Perspektive

535 Unser Ziel sind gleichwertige Lebensverhältnisse in einem solidarischen Land. Der Zugang zum Arbeitsmarkt ist dabei die zentrale Gerechtigkeitsfrage im Osten, die Schaffung neuer Arbeitsplätze steht deshalb im Zentrum unserer Politik. Der wirtschaftliche Aufholprozess gestaltet sich langsamer und schwieriger, als dies von vielen erwartet wurde. Wir haben mit einer Neuausrichtung der Förderpolitik begonnen und wollen diese fortsetzen. Die Mittel müssen gezielter für neue Beschäftigung eingesetzt werden und dürfen von den Bundesländern nicht zur allgemeinen Haushaltsdeckung verwendet werden. In der Verkehrs- und Kommunikationsinfrastruktur hat Ostdeutschland längst aufgeschlossen. Zusätzliche Mittel in diese Bereiche erzeugen nur noch begrenzte Wachstumsimpulse. Daher wollen wir die Mittel für Bildung, Forschung und direkte Wirtschaftsförderung verwenden, die Entwicklung von Wachstumsregionen für Industrie und Dienstleistungen fördern und vor allem klein- und mittelständische Unternehmen nachhaltig unterstützen. Der Technologietransfer von Hochschulen zur regionalen Wirtschaft ist dabei ein wichtiger Schlüssel. Bei Dienstleistungen und auf dem Weg in die Wissensgesellschaft hat gerade der Osten Deutschlands alle Chancen zum Vorreiter zu werden.

550 Früher und stärker als der Westen Deutschlands ist der Osten in einigen Regionen mit einer sinkenden Bevölkerungsdichte konfrontiert. Dort verschärft die Abwanderung junger und qualifizierter Menschen die ohnehin vorhandenen demografischen Probleme. Politik darf diese Entwicklung nicht totschweigen.

555 Mit der Fortsetzung des Programms "Stadtumbau Ost" wollen wir weiterhin einen wichtigen Beitrag für die Zukunftsfähigkeit der Städte leisten.

560 Ein umsichtiger Rück- und Umbau schafft aber auch neue Perspektiven beispielsweise im Tourismus, der Landwirtschaft oder im Bereich der Erneuerbaren Energien. Gleichzeitig geht es darum, die Förderpolitik für Ostdeutschland so auszurichten, dass qualitativ hochwertige Arbeitsplätze entstehen, die jungen, qualifizierten Menschen eine berufliche Perspektive bieten. Dazu gehört der Auf- und Ausbau von Wissens-, Bildungs- und Forschungsregionen im Osten.

Für eine neue Tarifpolitik – Arbeitszeit, Beteiligung am Produktivvermögen und Weiterbildung

565 Millionen Menschen in unserer Gesellschaft sind dauerhaft arbeitslos. Andere leben in äußerst unsicheren Arbeitsverhältnissen mit Zeitverträgen, Phasen der Arbeitslosigkeit und schlechtem Einkommen. Gleichzeitig wünschen sich viele Menschen mit sicheren Arbeitsplätzen flexiblere Arbeitszeiten, Auszeiten für die Familie oder für andere Betätigungen. Stattdessen können sich viele vor Überstunden kaum noch retten. Wir wollen deshalb eine neue Arbeitszeitpolitik, die

570 beide Interessen zusammenbringt. Arbeitszeitkonten, Familien-Teilzeit, Job-Rotation und Job-Sharing sind hierzu vielversprechende Instrumente. Die generelle Verlängerung der Wochenarbeitszeit oder die Ausgrenzung von älteren Menschen durch Vorruhestandsregelungen sind der falsche Weg zur Senkung der Arbeitslosigkeit. Statt mehr Menschen in Arbeit zu bringen, führen sie mit-

575 telfristig meist sogar zu Jobabbau. Wir regen an, in Tarifverhandlungen Möglichkeiten zur Reduzierung der Arbeitszeit bei anteiligem Lohnverzicht zu prüfen. Die vorhandene Arbeit könnte so in bestimmten Bereichen auf mehr Schultern verteilt werden. Wir wissen um die Schwierigkeiten eines solchen Vorschlags und dass es in den unteren Lohngruppen keinen Spielraum für solche Lösungen gibt.

580 Aber für viele könnte ein solches Modell berufliche Sicherheit mit mehr individueller Freiheit verbinden.

Aufgabe der Tarifpolitik kann es auch sein, eine stärkere Beteiligung von Arbeitnehmern am Produktivvermögen durchzusetzen. Außerdem unterstützen wir die

585 Ansätze zu einer tarifvertraglichen Regelung von beruflicher Weiterbildung und wollen diese weiter ausgebaut sehen.

In vielen lokalen Bündnissen für Arbeit zeigen Arbeitgeber und Gewerkschaften, wie Flexibilität und Sicherheit verbunden werden kann. Lohndumping, Eingriffe in die Tarifautonomie, den Kündigungsschutz oder die Mitbestimmung lehnen wir ab.

590 Arbeit muss sich lohnen – Mindestlöhne vereinbaren

Immer mehr Menschen verdienen im Monat das, was andere an einem Tag verdienen. Wir wollen Löhne verhindern, von denen man nicht leben kann.

Strittig ist: *Deshalb setzen wir uns für regional und branchenspezifisch differenzierte Mindestlohnregelungen ein.*

595 Die „working poor“ lehnen wir ab. Die teilweise als selbstverständlich dargestellte, erschreckende Explosion bei der Alimentierung mancher Manager ist längst nicht mehr nur ein Problem der betroffenen Unternehmen. Sie ist zu einem Symbol für ein Gerechtigkeitsgefälle geworden. Deshalb stehen wir für die Offenlegung der Bezüge von Vorstandsmitgliedern, die Beschränkung der Auf-

600 sichtsratsmandate auf maximal fünf pro Person, und ein Verbot des Wechsels vom Vorstandsvorsitz auf den Aufsichtsratsvorsitz desselben Unternehmens.

Zwischen Markt und Staat – Neue Jobs schaffen

Jenseits von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und den so genannten „1-Euro-Jobs“ wollen wir verstärkt neue sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse in Übergangsmärkten zwischen erstem und zweitem Arbeitsmarkt schaffen. Ein Beispiel hierfür sind bereits existierende so genannte Integrationsfirmen. In sie können besonders benachteiligte Langzeitarbeitslose ihre bisherigen staatlichen Transferleistungen, wie das Arbeitslosengeld II, einbringen und erhalten im Gegenzug ein tariflich entlohntes Beschäftigungsverhältnis. Die Integrationsfirmen sind privat wirtschaftlich organisiert. Sie können dauerhaft neue Beschäftigungspotenziale erschließen oder für die Betroffenen eine Brücke in den ersten Arbeitsmarkt sein.

Soziale Grundsicherung ausbauen

Mit der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe sind wir einen Schritt in Richtung einer sozialen Grundsicherung gegangen. Die bisherige, entmündigende Sozialhilfe ist Vergangenheit, Verschiebepfahnhöfe zwischen den beiden Systemen wurden beendet und erstmals haben auch bisherige Sozialhilfeempfänger Anspruch auf Vermittlung in Arbeit und Ausbildung. Aber wir müssen auch feststellen, dass viele durch die Reform materiell schlechter gestellt wurden, ohne dass die Verbesserungen in der Vermittlung und Qualifizierung bereits hinreichend greifen. Das Fördern kommt bei der Umsetzung der Reform noch zu kurz.

Wir verfolgen Schritt für Schritt das Ziel, eine armutsfeste soziale Grundsicherung zu schaffen. Das schließt die Perspektive ein, dass allen ein eigenständiges Leben ohne Abhängigkeit vom Partner ermöglicht wird. Aktuell geht es vorrangig um die Angleichung der Regelsätze zwischen Ost und West, die stärkere Entkoppelung des Hilfebezugs vom Partnereinkommen, die Freistellung von notwendigen Altersvorsorgeaufwendungen sowie um den Zugang zur aktiven Arbeitsmarktförderung für nicht LeistungsbezieherInnen. Die Regelsätze der Sozialhilfe und des Arbeitslosengelds II müssen angehoben werden, um mit den allgemeinen Lebenshaltungskosten besser Schritt zu halten und sie müssen in einem transparenten Verfahren regelmäßig angepasst werden. Maßstab und Ziel bleibt das sozio-kulturelle Existenzminimum. Dabei ist insbesondere die Situation von Familien mit Kindern zu berücksichtigen. Auch müssen die Angebote zur Integration in den Arbeitsmarkt weiter verbessert werden. In Zeiten wirtschaftlicher Stagnation gibt es keine Alternativen zu einer aktiven Arbeitsmarktpolitik. Daher muss die Geschäftspolitik der Bundesagentur für Arbeit grundlegend verbessert werden. Die Bundesagentur für Arbeit muss hier besser, flexibler und vor allem schneller werden. Dazu trägt auch eine Zusammenarbeit von örtlicher Arbeitsagentur und Kommune auf gleicher Augenhöhe bei. Ohne einen gezielten Einsatz von Programmen der Beschäftigungsförderung werden viele Langzeitarbeitslose dauerhaft vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen. Die sozialen Folgekosten dieser Entwicklung überstiegen den kurzfristigen Einspareffekt bei weitem. Eine individuelle soziale Grundsicherung bedeutet weder Ruhigstellen noch Alimentation, sondern ist für uns die Basis für ein selbstbestimmtes Leben.

Bürgerversicherung – Gesundheit für alle

Bessere Rahmenbedingungen für die Wirtschaft sind wichtig. Gleichbedeutend ist es, den Menschen Sicherheit bei den elementaren Lebensrisiken zu geben. Ein verlässliches, leistungsfähiges und für alle bezahlbares Gesundheitssystem gehört für uns dazu. Wir sehen erhebliche Ineffizienzen und verkrustete Strukturen im Gesundheitsystem. An den Beiträgen der Versicherten verdienen immer noch zu viele, ohne dass die erbrachte Leistung stimmt. Deshalb wollen wir die Macht der Monopole weiter zurück drängen. Wir werden Maßnahmen zur Prävention fördern, damit Krankheit erst gar nicht entsteht, und die Patientenrechte stärken. Der Gesundheitsbereich muss insgesamt stärker an den Bedürfnissen von Frauen ausgerichtet werden, ob in der Diagnose, Medikation oder Prävention.

Wir wollen eine Bürgerversicherung, in die alle gemäß ihrer Leistungsfähigkeit einbezahlen und allen unabhängig von ihrem Geldbeutel die bestmögliche medizinische Versorgung garantiert. Es ist nicht einzusehen, warum sich Beamte, Freiberufler und Politiker durch den Wechsel in die private Krankenversicherung ihrer Solidarität mit den gesetzlich Versicherten entziehen können und nur Lohnneinkommen bei der Berechnung der Beiträge einbezogen wird. An der Beitragsparität wollen wir festhalten. Wir fänden es falsch, wenn ein Pförtner den gleichen Betrag bezahlen müsste wie ein Manager. Deshalb lehnen wir die Kopfpauschale von CDU/CSU ab.

Auch für die Pflege wollen wir die Bürgerversicherung. Zusätzlich wird ergänzende Vorsorge nötig sein, um auf die steigenden Pflegekosten in einer älter werdenden Gesellschaft reagieren zu können. Wir brauchen in der Pflege schnell eine umfassende Reform: Für die Betroffenen und ihre Angehörigen, die meistens Frauen sind, aber auch zur Entlastung der kommunalen Haushalte. Wir wollen eine Stärkung der ambulanten Pflege, eine Förderung neuer Wohnformen und Leistungsverbesserungen für Menschen mit Demenz, psychischen und geistigen Behinderungen. Wir fordern ein professionelles Netz der Unterstützung für pflegende Angehörige, um sie vor Selbstüberforderung und negativen gesundheitlichen Folgen zu schützen. Die seit Einführung der Pflegeversicherung konstanten Leistungssätze müssen an die Preisentwicklung angepasst werden.

Politik für Jung und Alt - Für einen neuen Generationenvertrag

Der demografische Wandel verlangt auch einen weiteren Umbau der Rentensysteme. Weniger erwerbstätige Menschen müssen mehr Nichterwerbstätige mitfinanzieren. Die Menschen müssen sich auch in Zukunft darauf verlassen können, dass ihr Lebensunterhalt im Alter gesichert ist und sie weiter ein selbstbestimmtes Leben führen können. Eine generationengerechte Politik steht vor der Aufgabe, die Kosten hierfür möglichst gerecht zwischen allen Generationen und Einkommensgruppen zu verteilen. In der gesetzlichen Rentenversicherung ist mit dem so genannten Nachhaltigkeitsfaktor der Generationenvertrag neu gestaltet worden. Die gesetzliche Rente wird sich stärker zu einer Basisabsicherung entwickeln. Deshalb werden wir ergänzende private Vorsorge weiter fördern. Wir werden aber auch die Arbeitgeber nicht aus ihrer Verantwortung zur Mitfinanzierung unseren sozialen Sicherungssysteme entlassen.

Schon jetzt zeigen sich in einzelnen Regionen Deutschlands die Auswirkungen des demografischen Wandels, vorallem in Ostdeutschland. Die Abwanderung junger Menschen in die wirtschaftlichen Zentren verändert Dörfer und Städte. Es wird unmöglich sein, überall das gleiche Angebot an öffentlichen Leistungen

695 bereit zu stellen. Wir wollen aber sicherstellen, dass durch innovative dezentrale Lösungen keine Region völlig abgehängt wird und überall die Chance für neues zivilgesellschaftliches und unternehmerisches Engagement bestehen bleibt.

700 Der demografische Wandel stellt uns nicht nur vor ökonomische, sondern auch vor große soziale und kulturelle Herausforderungen. Immer mehr Menschen wollen und können bis ins hohe Alter ein aktives Leben führen. Und das ist auch gut so. Das Ausrufen eines „Generationenkrieges“ hilft niemandem weiter, vielmehr geht es uns um die Solidarität zwischen den Generationen. Für ältere Menschen stellt sich die Frage nach der eigenen Lebensgestaltung und der gesellschaftlichen Rolle für das letzte Lebensdrittel heute anders als früher. Weniger junge Menschen müssen mit mehr älteren Menschen neue Formen des Zusammenlebens finden. Um all diese Fragen zu beantworten, brauchen wir einen neuen Generationenvertrag, im Interesse der Jungen und der Älteren. Zu dem neuen Generationenvertrag gehört auch ein neuer gesellschaftlicher Umgang mit dem Alter. Wir möchten, dass die Älteren in Zukunft mehr als bisher einen aktiven Teil des gesellschaftlichen Lebens bilden. Die Generation über 50 hat ein zur Zeit längst nicht genutztes Potential sowohl für den Arbeitsmarkt als auch für die Entwicklung der Gesellschaft. Deshalb wollen wir die aktive Beteiligung älterer Menschen am politischen Geschehen nach Kräften fördern und uns für Regelungen einsetzen, die ihnen den Verbleib in und den Zugang zur Erwerbsarbeit ermöglicht. Wir wollen älteren Menschen durch die Förderung von neuen Wohnformen und vielseitige Bildung Lebensbedingungen schaffen, in denen sie anders als in zentralen großen Versorgungsheimen ein weithin selbstbestimmtes Leben führen können. Im Gegensatz zu CDU/CSU und FDP kämpfen wir für ein unbürokratisches Gesetz das Ältere im Alltagsleben schützt.

705

710

715

Emanzipatorische Sozialpolitik gegen Ausgrenzung, Abstieg und Armut

720 Bis weit in die Mitte unserer Gesellschaft reicht die Angst vor Ausgrenzung, sozialem Abstieg und Armut. Alleinerziehende, Berufsrückkehrerinnen, Einwanderer und ihre Kinder, Langzeitarbeitslose und Jugendliche ohne Ausbildung sind hiervon betroffen und bedroht. Unsere Antwort sind zielgerichtete Programme, die auf diese Gruppen zugeschnitten sind. Dabei geht es oftmals mehr um qualifizierte Unterstützung als um finanzielle Transfers. Deshalb brauchen wir eine öffentliche Infrastruktur, die Teilhabe und soziale Mobilität ermöglicht. Während CDU/CSU beispielsweise die Kinder- und Jugendhilfe zusammenstreichen wollen, haben wir sie an die aktuellen gesellschaftspolitischen Herausforderungen angepasst.

725

730 Teilhabe und Selbstbestimmung für Menschen mit Behinderungen weiter ausbauen

Die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit körperlichen, geistigen und seelischen Beeinträchtigungen am Leben in der Gemeinschaft, ihr Recht auf Selbstbestimmung in allen Lebensbereichen und der Zugang zum Arbeitsmarkt sind Ziele unserer Politik. Um den Zugang zum Arbeitsmarkt zu ermöglichen brauchen wir wirksame Instrumente zur Berufsbildung und beruflichen Eingliederung für behinderte Menschen. Gleichzeitig wollen wir die Barrieren in den Köpfen der Arbeitgeber weiter abbauen: Menschen mit Behinderungen sind leistungsfähig und motiviert. Sie benötigen lediglich ein Arbeitsumfeld, das ihren besonderen Ansprüchen entspricht. Hierzu werden wir die Entwicklung barrierefreier Kommunikationstechnologien weiter fördern. Mit dem Persönlichen Budget haben wir die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass Behinderte selbstbe-

735

740

stimmt in ihren eigenen vier Wänden leben können. Sie selbst entscheiden, in welcher Form sie sich Hilfe und Unterstützung organisieren. Diesen Weg werden wir weiter gehen. Wir wollen alle Leistungen für Menschen mit Behinderungen in einem Teilhabeleistungsgesetz bündeln. Leistungen für Menschen mit Behinderungen dürfen nicht von der Finanzlage der öffentlichen Haushalte abhängig gemacht werden. Ihre individuellen Bedürfnisse müssen berücksichtigt werden.

In Arbeit, Bildung und Betreuung investieren und gleichzeitig die Haushalte konsolidieren

Der Staat braucht stabile Einnahmen, um handlungsfähig zu sein. Die öffentlichen Kassen von Bund, Ländern und Kommunen sind jedoch leer. Die Verschuldung steigt. Die Steuereinnahmen sind hinter den Erwartungen zurück geblieben. Gleichzeitig steht der Staat vor kostenintensiven Aufgaben, ohne die die Zukunft nicht gewonnen werden kann. Wir brauchen mehr Geld für Bildung, um unseren Kinder die besten Voraussetzungen mit auf den Weg geben zu können. Wir brauchen mehr Geld für Kinderbetreuung, um Eltern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen. Wir brauchen mehr Geld für Investitionen, um unsere Schulen, Universitäten und Verkehrsinfrastruktur in Schuss halten zu können. Die unverantwortliche Blockade des Abbaus von Steuervergünstigungen durch CDU/CSU und FDP im Bundesrat hat Deutschland nicht nur die Maastricht-Kriterien verfehlen lassen, sondern auch notwendige Zukunftsinvestitionen unmöglich gemacht. Obwohl sie in den unionsregierten Bundesländern die Mittel aus dem Subventionsabbau dringend gebraucht hätten, haben sie ihre parteipolitischen Motive über das Allgemeinwohl gestellt.

Wir wollen eine nationale Verabredung über Stabilität und Wachstum auf den Weg bringen, in der sich Bund, Länder und Kommunen auf Maßnahmen verständigen, wie sie die neubestimmte EU-Verschuldungsgrenze, die Zukunftsinvestitionen ermöglicht, einhalten. Und wie sie die Ausgaben für Bildung und Betreuung, Forschung und Entwicklung steigern und die Investitionsquote des Staates wieder erhöhen können. Mit einer solchen Verabredung wollen wir vermeiden, dass kommenden Generationen unverantwortlich hohe Schulden hinterlassen werden. Ebenso unverantwortlich wäre es jedoch, unsere Kinder schlecht ausgebildet und mit einer maroden Infrastruktur in die Zukunft zu schicken.

Wir wollen zu mehr Investitionen kommen, nicht zuletzt, um die Binnenkonjunktur zu stärken. Dabei haben kommunale Investitionen Vorrang.

Einfaches Steuersystem: Alle sollen ihren Beitrag leisten, Starke mehr als Schwache

Unser Steuersystem muss einfacher und gerechter werden. Der Bierdeckel von Herrn Merz gehört zwar in die Kneipe und nicht ins Finanzamt, aber auf ein Blatt Papier soll die Steuererklärung eines Arbeitnehmers künftig passen.

Wir versprechen Ihnen keine weiteren Steuersenkungen. Angesichts der Lage der öffentlichen Haushalte brauchen wir ein Stabilisierung der Steuereinnahmen und keine unrealistischen Wahlversprechen. Deshalb wollen wir Steuervergünstigungen und Steuersubventionen abbauen und Steuerflucht bekämpfen. Das ist auch ein Beitrag für mehr Gerechtigkeit. Zur Steuergerechtigkeit gehört auch aktives Vorgehen gegen Steuerflucht. Betriebsverlagerungen ins Ausland dürfen sich steuerlich nicht auch noch lohnen. Wir akzeptieren nicht, dass Unternehmen hohe Gewinne haben, aber keine Steuern bezahlen. Deshalb wollen wir die Ein-

nahmen aus der Körperschaftssteuer beispielsweise durch die Ausweitung der Mindestbesteuerung stabilisieren. Steuerbetrug werden wir bekämpfen. Allein bei der Mehrwertsteuer entgehen dem Staat jedes Jahr 20 Milliarden Euro durch kriminelle Machenschaften. Deshalb wollen wir das ineffektive Nebeneinander von 16 Steuerverwaltungen überwinden.

Wer die Senkung der Lohnnebenkosten, Bildungsinvestitionen und Haushaltskonsolidierung will, muss in der Frage der Gegenfinanzierung Farbe bekennen. Nach derzeitigem Einkommenssteuerrecht ist es nicht möglich, private Spitzeninkommen und Kapitalerträge stärker einzubeziehen, ohne damit zugleich die Personengesellschaften und den Mittelstand zu belasten. Das muss sich ändern. Strukturell wollen wir deshalb in der Einkommenssteuer die Besteuerung von Unternehmen und Privatpersonen voneinander trennen. Wir wollen die Steuern für den Mittelstand auf niedrigem Niveau belassen. Zugleich wollen wir aber die Steuererträge bei privaten Spitzenverdienern, wie Chefärzten oder Managern erhöhen und damit finanzielle Freiräume zur Senkung der Lohnnebenkosten im unteren Einkommensbereich, für Bildung und Betreuung und zur Haushaltskonsolidierung schaffen. Sie können und sollen wieder einen stärkeren Beitrag zur Finanzierung unseres Gemeinwesens leisten.

Hierzu könnte die Neueinführung einer Vermögenssteuer auf private Vermögen beitragen. Auch soll die Steigerung des Aufkommens aus höheren Erbschaften und das Abschmelzen des Ehegattensplittings einen Beitrag leisten.

Wir finden uns nicht damit ab, dass Staaten durch Unternehmen in einen Steuerwettbewerb nach unten getrieben werden. Deshalb werden wir auch auf europäischer Ebene Initiativen ergreifen, um dem globalen Kapitalismus europaweite Rahmenbedingungen zu setzen. Dazu gehören Vereinbarungen über eine einheitliche konsolidierte Bemessungsgrundlage für die Körperschaftssteuer und über die Mindestbesteuerung von Unternehmen. Die Europäische Union hat das Potenzial, verlorene steuerliche Handlungsfähigkeit auf nationaler Ebene europaweit zurück zu gewinnen. Wir wollen diese Chance nutzen.

820 **Städte und Gemeinden stärken**

Unsere Städte und Gemeinde brauchen verlässliche Einnahmen, um ihre Aufgaben erfüllen und in die öffentliche Infrastruktur investieren zu können. Wir halten an der Gewerbesteuer fest und wollen sie zu einer kommunalen Wirtschaftssteuer weiterentwickeln. Gewinnunabhängige Elemente wie Zinsen, Mieten und Pachten müssen stärker einbezogen werden, um die Einnahmen der Kommunen zu verstetigen. Die Grundsteuer wollen wir in ihrem Charakter als kommunale Vermögenssteuer stärken. Über Stundungen oder Erlass der Steuerschuld können bei beiden Steuerarten übermäßige Belastungen von Betrieben in schwierigen wirtschaftlichen Lagen vermieden werden. Mit der Weiterentwicklung der Programme Soziale Stadt, Stadtumbau Ost und Stadtumbau West wollen wir die Kommunen bei der Bewältigung des sozialen und demografischen Wandels unterstützen.

Ökologische Finanzreform

835 Mit der Ökosteuer werden schon jetzt die Lohnnebenkosten um 1,7 Prozentpunkte gesenkt und die Treibhausgasemissionen des Verkehrs wurde durch sie seit 1999 um 10 Prozent gesenkt. Eine Weiterentwicklung der ökologischen Finanzreform schafft zusätzliche Anreize für einen sparsamen Umgang mit

840 knappen Ressourcen, fördert weitere Investitionen in energiesparende Technologien und lässt so neue Arbeitsplätze entstehen. Wir wollen umweltschädliche Subventionen, wie die Entfernungspauschale, sowie Agrar- und Kohlesubventionen abbauen und die Ausnahmen für die Industrie bei der Ökosteuer konsequent reduzieren. Anlagen, die dem Emissionshandel unterliegen, können von der Ökosteuer befreit werden. Angesichts der Energie- und Ölpreise planen wir keine Erhöhung der Ökosteuer.

845 **Ökologisch Fahrt gewinnen - Mehr Grün für Umwelt und Verbraucher**

850 Ökologische Verantwortung und Stärkung der Verbraucherrechte ist nichts, was man sich nur in guten Zeiten leisten darf, sondern Voraussetzung für Klimaschutz, Innovation und zukunftssichere Arbeit. Davon wollen wir Sie überzeugen. Mit blindem Ökonomismus und Zukunftsvergessenheit setzen CDU/CSU und FDP nicht nur unsere Lebensgrundlagen aufs Spiel, sie führen auch die Wirtschaftspolitik in die Sackgasse. Wenn wir uns heute nicht um Umwelt und Klima kümmern, werden noch unsere Urenkel an den Kosten zu zahlen haben.

855 Wir haben frischen Wind und Wettbewerb in alte Monopole gebracht und gezeigt: Wir bringen Neue Energie in die Wirtschaft. Die ökologische Modernisierung ist ein wichtiger und erfolgreicher Teil unseres Regierungshandelns: Durch Windkraft, Sonne und Biomasse haben wir im Mittelstand hunderttausende Arbeitsplätze mit Zukunft geschaffen. In der Landwirtschaftspolitik haben wir umgesteuert, geben Bäuerinnen und Bauern neue Chancen und neues Einkommen und stärken gezielt die ländlichen Räume. Wir haben den Verbraucherinnen und Verbraucher mehr Rechte gegeben. Mit ihrem Einkaufskorb sorgen sie dafür, dass Unternehmen Schutzinteressen der Menschen ernstnehmen und mit guten Produkten auf die neuen Herausforderungen reagieren.

865 Mehr Ökologie und Verbraucherschutz ist aber nicht nur eine Frage internationaler Wettbewerbsfähigkeit und ökonomischen Kalküls. Unser Eintreten für die Ökologie ist der Verantwortung für Mensch und Erde verpflichtet. „Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt“, dieses Motto stand am Beginn der grünen Bewegung und macht bis heute den Unterschied aus.

870 Ökologische Politik ist auch eine Frage der Gerechtigkeit. Ohne den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen gibt es keine Freiheit und keine Lebensperspektiven. Gesundes Leben, gesunde Ernährung und Arbeit ohne krankmachenden Lärm, Gift und Schadstoffe darf keine Frage des Geldbeutels sein. Ökologische Politik ist eine Politik für eine innovative, dynamische und nachhaltige Wirtschaftsentwicklung. Sie steht für Arbeit mit Zukunft und für mehr Lebensqualität – national und global.

Weg von Öl und Atom

880 Wir sind energiepolitisch zu neuen Ufern aufgebrochen: Weg von den begrenzten Öl- und Uranvorräten, hin zu unendlicher Energie aus Sonne, Wind, Wasser, Biomasse und Erdwärme und zum Ausbau nachwachsender Rohstoffe. Hunderttausende neuer Jobs und Firmen die zur Weltspitze gehören und internationale Exportschlager produzieren sind das Ergebnis dieses Erneuerungsbooms. Was heute der Chip ist, wird morgen die Fozelle sein: Schlüsseltechnologie eines neuen, solaren Zeitalters. Statt wie CDU/CSU diese Erfolge aufs Spiel zu setzen, wollen wir Deutschlands Potenzial nutzen und seine Spitzenstellung ausbauen. So sorgen wir auch dafür, dass viele Milliarden Euro Wertschöpfung im Land stattfindet.

885 Unser Ziel bis 2020 heißt: „4x25“. Aus Erneuerbaren Energien, und nachwachsenden Rohstoffen wollen wir bis zum Ende des kommenden Jahrzehnts ein Viertel der heutigen Stromversorgung, ein Viertel der heutigen Wärmenutzung,

890 ein Viertel des heutigen Kraftstoffverbrauchs und ein Viertel der heute produ-
zierten Güter der Chemischen Industrie herstellen. Dazu werden wir in der näch-
sten Legislaturperiode ein Gesetz zur Förderung regenerativer Wärmegewin-
nung einbringen, Offshore-Windparks ans Netz bringen, und die Einführung
895 nachwachsender Rohstoffe gezielt fördern. Den sparsamen und energieeffizien-
ten Ressourcenverbrauch wollen wir politisch unterstützen. Langfristig wollen
wir die industrielle Produktion von Gütern und Kraftstoffen umfassend auf eine
regenerative Rohstoffbasis stellen. Wir wollen den Wettbewerb in die Energie-
netze tragen und damit verbraucherfreundlichere Bedingungen auf dem Ener-
giemarkt schaffen.

900 Wir sind ins solare Zeitalter aufgebrochen, wissen aber auch, dass wir noch
nicht soweit sind, auf fossile Energieträger ganz zu verzichten. Wir setzen auf
Kraft-Wärme Kopplung und darauf, Erdgas und Kohle so effizient wie möglich
zu verstromen. Die Kohlesubventionen wollen wir abschmelzen und bis 2012
905 komplett abbauen. Stattdessen fördern wir in den betroffenen Regionen einen
Strukturwandel, in dem Arbeit mit Zukunft entsteht und damit den Menschen
eine Perspektive gegeben wird.

Weil wir mit dem Emissionshandel kalkulierbare Rahmenbedingungen für die
ökologische Modernisierung geschaffen haben, wird nach Jahrzehnten in
910 Deutschland endlich wieder in den Kraftwerkspark investiert und der Erneue-
rungsbedarf beträgt fast 20 Mrd. Euro. Statt auf ordnungsrechtliche Vorgaben
haben wir auf marktwirtschaftliche Mechanismen gesetzt. Der Emissionshandel
sorgt dafür, dass Klimaschutz dort stattfindet, wo er am kostengünstigsten ver-
wirklicht werden kann. Mit dem Emissionshandel und mit dem Erneuerbare-
Energien-Gesetz haben wir Klimaschutz zum Wachstumsmotor gemacht.
915 CDU/CSU und FDP wollen diese Modernisierung ausbremsen. Sie schaden da-
mit dem Klimaschutz, gefährden Investitionen in Milliardenhöhe und verhindern
über eine halbe Million Arbeitsplätze, die allein die Branche der Erneuerbaren in
den nächsten 15 Jahre schaffen will.

920 Mit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist Deutschland international Schrittmacher für
ambitionierte Umweltpolitik. Wir kämpfen dafür, dass das so bleibt, denn dies ist
ein wichtiger Beitrag für die gerechte Gestaltung der Globalisierung. Wir wollen
den Kioto-Prozess fortentwickeln. Die USA und Schwellenländer wie China müs-
sen einbezogen werden. Wir streiten für ambitionierte mittel- und langfristige
Ziele. Wir setzen uns ein für eine internationale Agentur für erneuerbare Energi-
925 en. Wir wollen, dass Deutschland Vorreiter beim Klimaschutz bleibt und unsere
Treibhausgasemissionen bis 2020 um 40% gegenüber 1990 senken, wenn sich
die EU zur Einsparung um 30% verpflichtet.

Neben dem Ausbau hocheffizienter Kraftwerke und Erneuerbarer Energien set-
zen wir auf mehr Effizienz und Energieeinsparung. Sparsamer und effizienter
930 Einsatz von Energie spart Ressourcen und schafft mit intelligenten Produkten
Wettbewerbsvorteile in der weltweiten Konkurrenz. Wir wollen einen Klima-
schutzfond auflegen, mit dem Maßnahmen zur Senkung des Energieverbrauchs
in Schulen, Krankenhäusern, Kommunen und privaten Haushalten angestoßen
und finanziert werden. Im nationalen Klimaschutzprogramm wollen wir das Ge-
935 bäudesanierungsprogramm verstärken. Es sichert schon heute 25.000 Arbeits-
plätze in der Bauindustrie. Ein Energiepass soll künftig jeden Mieter und jeden
Käufer über den energetischen Verbrauch einer Wohnung informieren.

Wiedereinstieg – nein danke

940 Atomkraft ist nicht zu verantworten, weil ein Unfall wie in Tschernobyl nicht
sicher ausgeschlossen werden kann. Die Entsorgungsfrage atomaren Mülls ist
weltweit ungelöst. Zivile und militärische Nutzung lassen sich kaum trennen. In
Indien, Pakistan und Nord-Korea führte der Weg zur Atombombe über die zivile
Nutzung der Atomenergie. In Zeiten des internationalen Terrorismus sind
945 „schmutzige Bomben“ mit nuklearem Müll oder der Angriff auf ein AKW keine
Hirngespinnste, sondern eine reale Bedrohung.

Der Konsens zum Ausstieg aus der Atomwirtschaft in Deutschland wird von der
Bevölkerung breit getragen. Es ist gelungen, eine jahrzehntelange lähmende
energiepolitische Konfrontation in Deutschland aufzulösen. Es ist unverantwort-
lich, dass CDU/CSU und FDP 20 Jahre nach Tschernobyl zurück ins Atomzeital-
950 ter wollen. Statt auf Einsparung, Effizienz und Erneuerbare Energien zu setzen,
wollen sie das Risiko der Klimaveränderung mit dem Risiko der Atomtechnologie
bekämpfen.

GRÜNE haben dafür gesorgt, dass Deutschland aus der Plutoniumwirtschaft
ausgestiegen ist. Wir haben den Baustopp in Gorleben durchgesetzt, Castor-
955 transporte minimiert und die Transporte abgebrannter Brennelemente in die
Wiederaufbereitung beendet. Weil das Endlagersuchgesetz nun den Neuwahlen
zum Opfer fiel, werden wir es in der neuen Legislaturperiode unverzüglich ein-
bringen. Eine vorzeitige Festlegung auf den Standort Gorleben darf es nicht ge-
ben. Nur mit starken GRÜNEN wird der Atomausstieg fortgesetzt und gehen bis
960 2009 mit Biblis A und B, Brunsbüttel und Neckarwestheim I weitere Meiler vom
Netz. Ausgerechnet diese maroden Altanlagen mit einem Stammplatz in den
jährlichen Störfallberichten sollen nach dem Willen von Schwarz-Gelb länger
betrieben werden. Das muss verhindert werden. Den Export von Atomtechnolo-
gie ins Ausland lehnen wir ab. Den EURATOM-Vertrag wollen wir abschaffen
965 und bilaterale Nuklear-Abkommen durch Kooperationsverträge im Bereich Er-
neuerbare-Energien ersetzen.

Ökologisch Mobil

Mobilität schafft Freiheit. Gleichzeitig schränken Lärm, Abgas, und Flächenfraß
Freiheit ein. Klimapolitisch hat unser Verkehrssystem keine Zukunft und ist nicht
970 exportfähig. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen das Mobilitätsbedürfnis der
Menschen umweltverträglich gestalten. Wir setzen auf leistungsfähige öffentli-
che Verkehrsmittel als Rückgrat eines umweltverträglichen Mobilitätssystems,
auf integrierte Verkehrskonzepte, die Umsetzung des nationalen Radverkehr-
splans und auf das saubere Auto der Zukunft. Wir wollen alle diese Bereiche
975 vernetzen, fördern und in ihnen weltweit führend sein. Mit klugen und nachhal-
tigen Konzepten gewinnen wir so auch den Schlüssel zu einem der größten
Wachstumsmärkte der Zukunft.

Das Auto trägt entscheidend zur Mobilität der Menschen bei. Aber kein Auto
muss 16 Liter verbrauchen. Wir brauchen saubere und leisere Autos, die sehr
980 viel effizienter sind. Das ist auch ein Beitrag zu mehr Klimaschutz im Verkehrs-
bereich und ein Meilenstein auf dem Weg weg vom Öl. Die Zukunft gehört da-
bei gerade vor dem Hintergrund der enorm wachsenden Nachfrage z.B. der
asiatischen Märkte nahezu emissionsfreien Autos mit Sprit aus nachwachsenden
Rohstoffen oder anderen erneuerbaren Energien. Bis es soweit ist, können erd-
985 gasbetriebene Fahrzeuge eine klimafreundliche und partikelfreie Alternative zu

herkömmlichen Kraftstoffen sein. Uns geht es auf jeden Fall darum, zunächst den Durchschnittsverbrauch deutlich zu senken, 3-Liter sind keine Utopie.

990 Jährlich sterben 13.000 Menschen in Europa an Feinstaub in der Atemluft. Besonders dick ist die Luft in den Ballungsräumen. Die Städte müssen die Möglichkeit bekommen, für saubere Luft zu sorgen, zum Beispiel durch Fahrverbote für alte Stinker oder die Erhebung einer Citymaut, deren Einnahmen zur Verbesserung der öffentlichen Verkehrsmittel eingesetzt werden.

995 Güter gehören wo immer möglich auf die Schiene und nicht auf die Straße. Deshalb wollen wir die LKW-Maut so weiterentwickeln, dass mehr Güter auf die Schiene verlagert werden und weniger LKW die Autobahn umfahren und wir wollen in die Infrastruktur der Bahn investieren. Wir wollen fairen Wettbewerb zwischen Flugzeug und Bahn. Deshalb wollen wir die steuerlichen Vorteile des Fliegens abbauen und Bahnfahren billiger machen. Wir wollen die Straßenbaumittel des Bundes im Sinne nachhaltiger Infrastrukturpolitik zunehmend auf den Erhalt des Netzes konzentrieren. Bei den Finanzmitteln für Busse und Bahnen wollen wir an das von uns erreichte Rekordniveau im Nah- und Fernverkehr anknüpfen. Mit der Förderung der küstennahen Schifffahrt und einer aktiven nationalen Hafenpolitik wollen wir weitere Möglichkeiten nutzen, Güterverkehre von den Straßen zu verlagern. Unsinnige Ausbauprojekte für unsere Flüsse wie den Havel- oder Elbausbaue zu Wasserautobahnen lehnen wir aus ökologischen Gründen ab..

1000

1005

Gute Umwelt, gesundes Leben,

1010 Grüne Politik in Opposition und Regierung hat zu einer erheblich verbesserten Lebensqualität in Deutschland beigetragen. Doch stellen uns zum Beispiel giftige Chemie im Alltag, Rußpartikel und Verkehrslärm, ebenso wie der verschwenderische Einsatz knapper Ressourcen nach wie vor große Herausforderungen. Der Schutz von Meeren, Flüssen und Grundwasser, Wäldern, Luft und Boden ist die Grundlage allen menschlichen Lebens. GRÜNE stehen für vorsorgenden Umwelt- und Gesundheitsschutz und wollen Wohlstand umweltschonender und mit weniger Ressourcen schaffen. Das ist auch ein Gebot von mehr globaler Gerechtigkeit.

1015

1020 Umweltschutz ist auch vorausschauende Industriepolitik. Die deutsche Automobilindustrie musste von uns gedrängt werden, damit sie nicht weitere Marktanteile an die französische Konkurrenz verlor. In der Chemikalienpolitik wollen wir erreichen, dass im Interesse von Anwendern und Verbrauchern die Prüfung, Bewertung und Zulassung chemischer Stoffe auf eine neue Grundlage gestellt wird. Hersteller müssen beweisen, dass ihre Produkte unbedenklich sind und nicht Konsumenten die Gefährlichkeit. Ob bei aktivem Lärmschutz, elektromagnetischen Strahlen und Mobilfunk oder in der Chemiepolitik: GRÜNE setzen

1025 auf gesundheitsgerechte Grenzwerte, auf innovative Produkte, mehr Transparenz, und Vorsorge. Sie legen damit die Grundlage für eine wirtschaftliche Entwicklung, die zugleich nachhaltig ist.

1030 Union und FDP haben viele wichtige Fortschritte im Bundesrat blockiert. Für uns bleibt gesundes Wohnen, Schutz vor Fluglärm und mehr Lebensqualität, die keine Frage des Geldbeutels ist, ganz oben auf der Tagesordnung.

Natur schützen

- 1035 Wir wollen Lebensräume für die heimische Tier- und Pflanzenwelt sichern und treten ein für den Schutz der biologischen Vielfalt - nicht in umzäunten Schutzgebieten, sondern in der Fläche. Damit erhalten wir zugleich Landschaften, in denen es Freude macht, sich zu erholen und Ausgleich und Muße zu finden.
- 1040 Dass Mecklenburg-Vorpommern die höchsten Wachstumsraten des Tourismus in ganz Deutschland hat, liegt nicht nur an der Schönheit des Landes, sondern daran, dass dort drei Nationalparks geschaffen wurden. Die Einrichtung eines Boden-Luft-Schießplatzes in der Kyritz-Ruppiner-Heide lehnen wir ab. Wir wollen dort sanften Tourismus statt lauter Bomben.
- 1045 Einzelne Arten sind in Deutschland akut vom Aussterben bedroht. Ernste Konflikte können entstehen, wenn ihre letzten Lebensstätten durch Infrastrukturprojekte, Industrieansiedlungen oder andere Planungen bedroht sind. Das europäische Naturschutzrecht stellt dann zu Recht hohe Hürden auf. Aber Planungen lassen sich so steuern, dass sie nicht am Naturschutz scheitern müssen. Nur Phantasielose und Ideologen sehen beides als Gegensatzpaar. Wir GRÜNEN setzen auf einen vorsorgenden und frühzeitigen Interessenausgleich.
- 1050 Um unsere Gewässer in einen guten Zustand zu versetzen, muss die Nitratbelastung von Grund- und Oberflächenwassern ebenso vermindert werden wie die diffusen Schadstoffeinträge aus der Landwirtschaft. Die Zulassung von Pflanzenschutzmitteln ist an der tatsächlichen Praxis ihres Einsatzes zu orientieren.
- 1055 Wir wollen den zusätzlichen Flächenverbrauch in Deutschland um 75 Prozent reduzieren und geben der innerstädtischen Entwicklung Vorrang vor dem Bauen auf der grünen Wiese. Wir wollen ran an die Subventionen, die die Zersiedelung der Landschaft und den Flächenverbrauch künstlich anzuheizen. Wir stehen dafür, die Pendlerpauschale deutlich zu verringern und die Eigenheimzulage abzuschaffen. Gegen den Widerstand der Opposition haben wir die Lehre aus den verheerenden Flutkatastrophen der letzten Jahre gezogen und ein Gesetz zum vorbeugenden Hochwasserschutzgesetz durchgesetzt. Wir wollen, dass auch unsere Kinder noch Störche sehen, sich an Vielfalt, Reichtum, Schönheit und Ruhe der Natur erfreuen können. Wer Naturschutz für Luxus hält und sich den Schutz biologischer Vielfalt für bessere Zeiten aufheben will, gehört nicht an die Regierung sondern ins Artenschutzprogramm für politische Dinosaurier.
- 1060

Umwelt braucht Schutz – effektiv nicht bürokratisch

- 1065 Wir wollen schlanke Gesetze und ihren effektiven Vollzug, um die Umweltpolitik zu stärken und ihre Akzeptanz zu erhöhen. Ein modernes Umweltrecht braucht deshalb ein Umweltgesetzbuch, in dem alle umweltbezogenen Gesetze zusammengefasst werden. Dafür wollen wir streiten! Zentral hierfür wird sein, dass Bund und Länder das bisher zersplitterte Umweltrecht in weiten Teilen zusammenfassen und die Kompetenzen klarer aufteilen. Wir wollen die Planungszeiten von Infrastrukturprojekten verkürzen ohne Beteiligungsrechte für Bürger einzuschränken. Wir wollen eine klare Kennzeichnung von Produkten und eine Ausweitung des Haftungsrechtes, damit sich gute Produkte schnell am Markt durchsetzen und Umweltschäden von vornherein vermieden werden. Anders als Merkel und Westerwelle, die mit ihren ideologischen Attacken Umweltstandards schleifen wollen, wollen wir Überregulierungen dort abbauen, wo es nötig ist.
- 1070
- 1075

Wir wissen aber auch, dass Bürokratieabbau kein Selbstzweck ist: Eine intakte Umwelt ist ein hoher Wert für sich und ein positiver Standortfaktor.

Eine starke Stimme den Verbraucherinnen und Verbrauchern

1080 Eines haben Sie mit uns GRÜNEN ganz sicher auf der Habenseite: Eine aktive Verbraucherpolitik und konsequent verfolgten Verbraucherschutz. Die BSE-Krise hatte die Misere im Lebensmittelbereich endgültig ans Licht gebracht: Die herkömmliche Landwirtschaftspolitik hatte versagt. Grüne Politik zeigt die Alternative: national wie international setzen wir auf die Agrarwende, wir haben die gesamte Lebensmittelkette unter einem Dach vereint und die Verbraucherinnen und Verbraucher in die erste Reihe gebracht. Die Menschen wollen sicher bei allem sein, was auf ihrem Teller landet. Sie wollen, dass es gut und gesund ist. Sie wollen wissen, was drin ist. Zu Recht.

1090 Es wurde aber schnell deutlich, wie mangelhaft der Verbraucherschutz auch in vielen anderen Alltagsbereichen war: Anfängen von Schadstoffen in Babygläsern bis hin zu unseriösen Anbietern von 0190er-Telefonnummern oder Versicherungen. Jeden Tag kommen neue Produkte auf den Markt und machen den Verbraucherschutz zu einer dauerhaften Aufgabe. Die Verbraucher sind Unternehmen hilflos ausgeliefert, wenn sie nicht wissen, was in Produkten steckt.

1095 Gleichzeitig stellen sich ihnen täglich neue Herausforderungen wie in der Gesundheits- und Altersvorsorge oder in der digitalisierten Welt. Wenn die Menschen Eigenverantwortung übernehmen, dann wollen wir Rahmenbedingungen sichern, damit sie nicht über den Tisch gezogen werden. Der Markt allein wird Konsum und Produktion nicht von alleine in die ökologisch und sozial richtige Richtung im Sinne der Verbraucher leiten. Verbraucher fordern zu Recht, dass die Wirtschaft ihnen auf Augenhöhe begegnet. Wir nehmen Unternehmen in die Verantwortung und zeigen Wege auf, wie sie Verbraucherorientierung zum Standortvorteil machen können und wie die Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung auch international zum Wettbewerbsvorteil wird. CDU/CSU wollen das Verbraucherministerium abschaffen und zurück in eine Zeit, in der Verbraucherrechte keine Stimme in der Regierung hatten.

Gen-Food - Nein Danke!

1110 Die Lobby der Agro-Gentechnik fährt in einer große Koalition mit Union, FDP, PDS und Teilen der SPD einen Generalangriff gegen die gentechnikfreie Landwirtschaft und die Mehrheit der Verbraucher. Agro-Gentechnik, Biopiraterie und Saatgutmonopole gefährden weltweit die Vielfalt und Sicherheit unserer Nahrungsgrundlage. Deshalb ist es richtig, dass sich die Mehrheit der Verbraucherinnen und Verbraucher und Landwirtinnen und Landwirte gegen Gentechnik auf dem Teller und auf dem Acker wehren.

1115 Wir GRÜNEN nehmen die Menschen ernst. Landwirtschaft und Gentechnik – das bedeutet Monopole industrieller Großkonzerne, das bedroht gentechnikfreie Landwirtschaft und gefährdet Arbeitsplätze im ökologischen Landbau, und das bedeutet massive Subventionierung durch öffentliche Steuergelder und leere Arbeitsplatzversprechungen. Wir nehmen Angriffe auf die Wahlfreiheit der Verbraucher nicht hin und haben ein Gentechnikgesetz auf den Weg gebracht, das der schleichenden Einführung von Gen-Food auf unseren Feldern sowie in den Supermarktregalen Regeln setzt, Transparenz gewährleistet, eine klare Verursacherhaftung einführt und damit bislang erfolgreich Einhalt gebietet.

Agrarwende für eine naturverträgliche Landwirtschaft und gesunde Lebensmittel

1125

Ohne uns GRÜNE gäbe es die Agrarwende nicht. Nicht in der EU und nicht in Deutschland. Durch die Agrarwende haben wir begonnen, die Förderung der landwirtschaftlichen Betriebe endlich an Kriterien der Nachhaltigkeit auszurichten. Wir dürfen nicht länger wegschauen, welche Folgen eine Landnutzung, die nicht die Ressourcen schont, für die kommenden Generation hat. Wir wollen gute und gleichzeitig preiswerte Lebensmittel.

1130

Wir wollen den ökologischen Landbau als Vorreiter einer ökologisch, sozial und ökonomisch nachhaltigen Wirtschaftsweise und der artgerechten Tierhaltung weiter fördern. Die erfolgreiche Einführung des Biosiegels ist wichtiger Teil der Erfolgsgeschichte des Biomarktes. Ziel von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist es, Produkte aus ökologischem Landbau für alle zugänglich zu machen.

1135

Auch wenn sich der Agrartanker der EU nur sehr schwerfällig bewegt, so ist die Wende doch unumkehrbar eingeleitet. Endlich wird Klasse und nicht nur Masse gefördert. Nur so kann die europäische und deutsche Landwirtschaft im internationalen Wettbewerb bestehen. Endlich werden Grünlandstandorte gegenüber dem Ackerbau nicht länger benachteiligt. Die EU-Mittel müssen immer stärker an gesellschaftlichen Zielen wie dem Ressourcenschutz und der ländliche Entwicklung ausgerichtet werden. So kann auch das Potenzial der ländlichen Räume insbesondere in den Bereichen der nachwachsenden Rohstoffe und der erneuerbaren Energien ausgeschöpft werden. Die weitere Modernisierung der europäischen Landwirtschaft muss sich darüber hinaus konsequent an den Kriterien einer gerechten Globalisierung messen lassen.

1140

1145

Der Abbau von klassischen Agrarsubventionen ist ein wichtiger Schritt, um Mittel so zu steuern, dass sie die Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftszweigs der Landwirtschaft erhöhen. Dafür braucht es starke GRÜNE: CDU/CSU und Bauernverband haben bereits angekündigt, dass sie die Verkrustungen und Auswüchse des überkommenen Subventionssystems weiter erhalten bzw. wieder einführen wollen.

1150

Tiere schützen

1155

Tierschutz hat dank unserer zahlreichen Initiativen in den letzten Jahren einen größeren politischen Stellenwert erreicht. Unwürdige Zustände in der Haltung und bei der Gesundheit von Tieren in der Landwirtschaft sowie von Wildtieren im Zirkus, der Heimtierhaltung, bei Tiertransporten oder auch der Schlachtung werden wir nicht akzeptieren. Wir werden die tiergerechte Haltung der Legehennen verteidigen, die CDU/CSU und Bauernverband wieder in die Käfige sperren wollen! Tierversuche müssen konsequent durch alternative Testmethoden ersetzt werden. Wir wollen ein Jagdgesetz, das endlich dem Tier-, Arten- und Naturschutz Rechnung trägt. Wir haben ganz konkrete Vorschläge zur wesentlichen Verbesserung der Pelztierhaltung vorgelegt. Der erfolgreichen Verankerung des Tierschutzes im Grundgesetz muss nun ein Klagerecht für Tierschutzverbände folgen.

1160

1165

Chancen für den ländlichen Raum

Die Agrarwende hat den Landwirten und dem ländlichen Raum insgesamt neue Perspektiven eröffnet. Die Landwirtschaft der Zukunft braucht eine kluge Mischung. Durch die Förderung von Biomasse und Erneuerbaren Energien können

1170

1175 Landwirte zu Energiewirten werden. Die Pflege der Kulturlandschaft und naturverträglicher Tourismus haben durch uns einen neuen Stellenwert erhalten und Landwirten zusätzliche Einnahmequellen erschlossen. Regionale Wirtschaftskreisläufe und Direktvermarktung stärken zusätzlich die Wertschöpfung vor Ort. Dem Anbau und der Nutzung nachwachsender Rohstoffe in Form von Biomasse kommt eine immer stärkere wirtschaftliche Bedeutung zu, angefangen vom Hausbau bis hin zur Herstellung von Verpackungen, Kanus und Fahrradhelmen.

1180 Der Wald braucht Schutz und Nutzung durch eine naturnahe Bewirtschaftung. Ihm kommt neben seiner ökologischen Bedeutung auch eine große Rolle bei der stofflichen und energetischen Verwendung des Rohstoffs Holz zu.

Wenn wir hohe Lebensqualität in lebenswerten Landschaften und guten und gesunden Lebensmitteln flächendeckend allen zugänglich machen wollen, müssen wir Stadt und Land zusammen denken.

Gesunde Ernährung

1185 Mit einem Politikwechsel, mit dem wir Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit unter ein Dach gestellt haben und endlich für Durchschaubarkeit des Systems gesorgt. Wir haben die Risikobewertung und das Krisenmanagement in unabhängige Hände gelegt. Das war ein Kraftakt und wir haben ihn in Deutschland und parallel in der EU bewerkstelligt. Endlich werden nicht nur Lebensmittel, sondern auch Futtermittel scharf kontrolliert – schließlich sind die Futtermittel häufigste Ursache von Lebensmittelskandalen. Aber auch die zusätzliche Anreicherung von Lebensmittel mit Zusatzstoffen stellt uns vor große Herausforderungen, weil hier die Grenzen zu Arzneimitteln zunehmend verschwimmen. Immer mehr Produkte werden als Kinderlebensmittel beworben, die Kinder nicht brauchen und vor allem zu süß, salzig oder fett sind. Immer wichtiger wird eine genaue Kennzeichnung von Lebensmitteln, da gerade Kinder immer häufiger Allergien und Unverträglichkeiten entwickeln. Falsche Ernährung kann zu erheblichen gesundheitlichen Problemen wie Übergewicht und Folgeerkrankungen führen. Jeder zweite ist bereits davon betroffen. Deshalb unterstützen wir durch eine neue Ernährungsbewegung gesunde Ernährung, Bewegung und Stressbewältigung.

1190

1195

1200

Verbraucherinnen und Verbraucher haben Rechte

1205 Information muss für jeden und jede – für alt und jung und für alle Bildungsschichten - leicht verständlich sein. An einer Verankerung des Rechts auf Information in einem Verbraucherinformationsgesetz und der Stärkung der Verbrauchervertretung durch ein Verbandsklagerecht halten wir fest, auch wenn CDU/CSU/FDP diese bereits zweimal im Bundesrat verhindert haben.

1210 Unsere Politik orientiert sich daran, dass jeder einen Zugang zu Leistungen der Grundversorgung wie gesunde Lebensmittel, nachhaltige Energieversorgung, Girokonto, zuverlässigem Personenverkehr, modernen Kommunikationsmitteln haben soll.

1215 Eine aktive Verbraucherpolitik unterstützt die Wirtschaft in ihrer Zukunftsfähigkeit. Nicht umsonst orientieren sich erfolgreiche Firmen in anderen Ländern an einem Index für Verbrauchervertrauen. Einige Bereiche wie die Telekommunikation, Finanzdienstleistungen, e-commerce und der Umgang mit Verbraucherdaten können nur funktionieren, wenn sich die Verbraucher als Vertragspartnerinnen und -partner auch sicher fühlen. Wir sorgen gerade hier für mehr Verbrau-

cherschutz und wollen damit dem Wachstum auf den Märkten des 21. Jahrhunderts den Boden bereiten.

1220 **Digitale Daten der Verbraucherinnen und Verbraucher schützen¹**

Die Digitalisierung unserer Gesellschaft darf nicht zu Einschränkungen von Grundrechten führen. Unsere Grundmaxime lautet dabei: Meine Daten gehören mir. Dies gilt beim "Surfen" und im e-commerce genauso wie bei Kundenbindungssystemen und digitalen Karten aller Art. Die Verbraucherinnen und Verbraucher wollen mehr Transparenz und einen besseren Schutz ihrer Privatsphäre. Mit der von uns geplanten Vergabe von Datenschutzgütesiegeln nach unabhängiger Begutachtung kann Datenschutz zu einem echten Wettbewerbsvorteil werden. Auch muss anonymes "Surfen" und verschlüsselte Kommunikation weiter möglich sein. Wir fordern eine deutliche Kennzeichnungspflicht der in der Warenlogistik eingesetzten RFID-Chips und der entsprechenden Lesegeräte, sowie die Pflicht zur Deaktivierung der Chips, sobald die Ware in den Besitz der Endverbraucher übergeht.

Es muss weiterhin möglich sein, Musik für private Zwecke zu kopieren oder Filme aus dem Fernsehen aufzunehmen – auch wenn es sich um digitale Medien handelt. Wir wollen eine durchsetzungsstarke digitale Privatkopie im Urheberrecht, die nicht durch Kopierschutzmaßnahmen ausgehebelt werden darf. Moderne Mediennutzungsformen wie Tauschbörsen sind Teil der heutigen Jugendkultur. Einer "Kriminalisierung der Schulhöfe" und einem Auskunftsrecht von Rechteinhabern gegenüber Internet-Providern erteilen wir daher eine klare Absage. Wir setzen uns vielmehr für eine gerechte Balance zwischen den Interessen der Verbraucher und den Urhebern und Verwertern kultureller Güter ein.

¹ Sie konnten mitreden! In einem demokratischen Diskussionsprozess hatten die Internetnutzer der grünen Web-Seite, die Möglichkeit diesen Absatz zu gestalten, den wir gekürzt aufgenommen haben.

Die Bildungsrevolution beginnen - Zukunftschancen für alle

1245 Die solidarische Modernisierung unseres Landes ist ohne gerechte Bildungschancen für alle nicht denkbar. Bildung ist die Basis, auf der jeder Mensch selbständig das Leben gestalten und Verantwortung übernehmen kann: für sich, für die Gesellschaft und für die Umwelt. In der Bildung liegt in einem rohstoffarmen Land der Schlüssel zu Freiheit, Wohlstand und sozialer Sicherheit. Bildung ist für uns mehr als die Anhäufung von ökonomisch verwertbarem Wissen aber gute Bildungspolitik ist immer auch gute Wirtschaftspolitik. Eine Wissensgesellschaft im globalen Wertewettbewerb kann es sich nicht leisten, Talente und Begabungen unentdeckt zu lassen. Gerade eine schrumpfende und alternde Gesellschaft hat einen steigenden Bedarf an gut ausgebildeten Jüngeren und gut weitergebildeten Älteren. Bislang aber selektiert das deutsche Bildungssystem auf fast skandalöse Weise. Wie nirgends sonst in Europa entscheidet in unserem Land die soziale und ethnische Herkunft über die Bildungs- und Lebenschancen. Wir GRÜNEN wollen Sie für nicht mehr und nicht weniger als eine Bildungsrevolution in unserem Land gewinnen, die endlich allen gleiche Chancen einräumt. Die Weichen für das ganze Leben werden im Kindesalter gestellt. Alle sollen unabhängig von ihrer Herkunft und dem Geldbeutel ihrer Eltern die Möglichkeit haben, das Beste aus ihren Fähigkeiten zu machen. Dafür müssen sich unsere Kindertagesstätten, Schulen und Betreuungsangebote ändern. Wir setzen auf ein durchlässiges Bildungssystem statt auf Selektion und Ausgrenzung. Und Bildung ist uns etwas wert. Deshalb wollen wir die Bildungsausgaben weiter steigern und neue Prioritäten setzen.

1265 Lernen früh fördern – ein Leben lang

Wir wollen mehr und früher fördern. Dabei müssen wir auch zugunsten der Kleinen umschichten. Bildung beginnt bei der Kinderbetreuung. Wir wollen ein kostenfreies Vorschuljahr, damit alle Kinder vor Schuleintritt die dafür notwendigen Kompetenzen entwickeln können.

1270 Wenn dann noch eine Schule der individuellen Förderung nach dem Muster der Pisa-Gewinner folgt, können wir auch das dreigliedrige Schulsystem der frühen Selektion hinter uns lassen. Dort gilt, was für uns Ziel ist: Kein Kind wird zurückgelassen und kein Kind aufgehalten. Dabei hilft unser Ganztagschulprogramm mit dem wir diesem Schultyp schon heute vielerorts etabliert haben. So haben wir individuelles Lernen gefördert und Familien entlastet. Ohne den Bund wäre dieser Erfolg nicht möglich gewesen. Wo nötig, müssen Bund und Länder deshalb auch weiterhin zusammenarbeiten können. Um die Bildungsqualität zu steigern, wollen wir neben einer Ausweitung und Umschichtung der Mittel Qualitätsstandards auf allen Ebenen einführen, die ErzieherInnenausbildung auf Fachhochschulniveau bringen und die LehrerInnenausbildung verbessern. Den Beamtenstatus brauchen wir dafür nicht. Wir wollen Genderkompetenz zu einem verpflichtenden Baustein bei der Ausbildung machen.

1285 Gute berufliche Aus- und Weiterbildung ist ein Garant für individuelle Lebensperspektiven und einen modernen Standort. In den letzten Jahren überstieg aber die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen stets das Angebot, die Investitionen in Weiterbildung stagnierten. Das wollen wir ändern und auch dafür sorgen, dass sich gerade die großen Unternehmen nicht aus ihrer gesellschaftlichen Verantwortung davon stellen. Wir haben die Berufsausbildung bereits entschlackt

- 1290 und modernisiert. Daneben unterstützen wir erwachsene Lernende um neue flexible Lebensentwürfe mit immer wieder kehrenden Lernphasen zu ermöglichen. Besonders die Weiterbildungsangebote für Ältere müssen erweitert werden. Grüne Ansätze sind zinsgünstige Bildungskredite und staatlich gefördertes Bildungssparen als Alternative zum Bausparen. Die Aus- und Weiterbildung in den Regionen wollen wir mit einer Stiftung für betriebliche Bildung unterstützen.
- 1295 An die Uni gehört, wer das Zeug dazu hat, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern. Deshalb haben wir das Bafög verbessert und wollen es zu einer elternunabhängigen Unterstützung weiter entwickeln. Das Erststudium soll gebührenfrei bleiben. Den Zugang für befähigte Nicht-Abiturienten wollen wir erleichtern. Studienkonten und –gutscheine sollen den Bedürfnissen der Studierenden mehr Gewicht verleihen und sie als Nachfrager stärken. Zugleich wollen wir den Universitäten mehr Autonomie etwa bei der Auswahl von Studierenden geben. Über einen fairen Wettbewerb tragen wir mehr Effizienz und Transparenz in die Hochschulen. Statt preußischem Beamtenrecht wollen wir einen flexiblen Tarifvertrag, der junge WissenschaftlerInnen absichert und Wissenschaft als Beruf auch ohne Professur möglich macht. GRÜNE denken die offene Hochschule auch international. Deshalb unterstützen wir den Bologna-Prozess, welcher die Mobilität von Studierenden und WissenschaftlerInnen in Europa verbessern soll. Dazu gehören gestufte Abschlüsse wie Bachelor und Master ebenso wie europäische Studiengänge.
- 1300
- 1305
- 1310 **Forschung – Die Welt von morgen heute denken**
- Forschung bestimmt maßgeblich die Welt von morgen. Wir setzen uns für eine Ausgaben-Umschichtung zugunsten der Forschung ein – etwa bei unserem Bemühen unzeitgemäße Subventionen in Beton abzuschaffen zugunsten von zukunftsfähiger Förderung kluger Köpfe. Den Anteil von Forschung und Entwicklung am Bruttoinlandsprodukt wollen wir bis 2010 auf drei Prozent erhöhen. Wir haben grüne Akzente in der Forschungspolitik gesetzt: Aufstockung der Mittel für Erneuerbare Energien, nachwachsende Rohstoffe und Geschlechterforschung, Renaissance der Friedensforschung sind nur einige Stichworte. Hier wollen wir nachlegen. Innovative Felder der Zukunft sind auch die Medizintechnik, die Nanotechnologie, Kommunikations- und Informationstechnologien sowie unbedenkliche Formen der Biotechnologie. Forschung braucht Verantwortung: Die GRÜNEN sind eine technikfreundliche Partei. Aber wir sind nicht blind für Risiken wie etwa bei der Atomforschung. Wir haben die Technikfolgenabschätzung salonfähig gemacht, wir werden sie weiter entwickeln. Und wir setzen als werteorientierte Partei ethische Grenzen. Die moderne Biomedizin hat große Potenziale. Aber die Menschenwürde und Menschenrechte haben Vorrang vor Forschungs- und Verwertungsinteressen Dritter. Menschliche Zellen und Gewebe sind keine Ware.
- 1315
- 1320
- 1325

Vorfahrt für Kinder. Kinder achten und fördern

1330 Wir wollen gemeinsam mit Ihnen unser Land kinderfreundlich machen. Solidari-
 1335 sche Modernisierung bedeutet für uns auch Solidarität mit den Jüngsten und
 1340 ihren Müttern und Vätern. Kinder sind die Zukunft unseres Landes. Kinder brau-
 1345 chen Vorfahrt, Achtung und Förderung. Der Reichtum, den Kinder in unser Le-
 ben bringen, darf für Eltern oder Alleinerziehende nicht zum Armutsrisiko wer-
 den. Familie ist für uns da, wo Kinder sind. Und wo Kinder sind, sind Politik und
 Gesellschaft in der Pflicht. Eine lebendige Gesellschaft braucht Kinder und kann
 es sich nicht leisten, auf viele Mütter im Berufsleben zu verzichten, bloß weil die
 Angebote zur Kinderbetreuung nicht stimmen. Deshalb haben wir mit dem
 Ganztagsschulprogramm und dem Gesetz zum Ausbau der Kinderbetreuung
 unter 3 Jahren die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert. CDU/CSU
 und FDP wollten diese Verbesserung der Bildung und Betreuung verhindern und
 blockieren auch heute noch die Umsetzung des Ganztagsschulprogramms und
 den Ausbau. Schwarz-Gelb schränkt mit dieser Politik die Entscheidungsfreiheit
 für ein Kind ein. Das ist ein elitärer Begriff von Freiheit, der sich auf die reduziert,
 die es sich leisten können. Wir wollen, dass sich alle Familie und Beruf leisten
 können..

1350 Kinder brauchen ihre Eltern und sie brauchen ein ganzes Gemeinwesen, dass
 sich seiner Verantwortung für Kinder bewusst ist. Staatliche Förderung ist das
 eine, Nachbarschaftshilfe, starke soziale Netze und Rücksicht auf Kinder das
 andere. Kinder brauchen Freiräume zum Toben und sich ausprobieren. Und alle
 Kinder haben das Recht auf gleiche Chancen und Teilhabe an unsere Gesell-
 schaft – unabhängig von der Herkunft und dem Einkommen der Eltern. Mangel
 an Bildung, Gesundheit, sozialen und kulturellen Fähigkeit, ungesunde Ernäh-
 rung und Bewegungsmangel sind Ausdruck einer zunehmenden Verarmung
 bereits im Kindesalter, der wir entschieden entgegen wirken wollen. Dafür be-
 darf es politischer Entscheidungen und einer solidarischen Gesellschaft.

Anspruch auf Bildung und Betreuung - Jedes Kind gehört dazu

1360 Wir brauchen alle Kinder und wollen sie stark machen, um jetzt und als Erwach-
 sene den Herausforderungen des Lebens in einer immer komplexeren Welt ge-
 wachsen zu sein. Jedes Kind ist begabt. Wir setzen uns dafür ein, dass jedes Kind
 unabhängig von Geschlecht, Herkunft oder Behinderung die bestmögliche För-
 derung bekommt und Teilhabechancen hat. Das Motto heißt: Clever starten!
 Die Förderung muss für jedes Kind möglichst früh beginnen. Dafür brauchen wir
 einen großen weiteren Schritt nach vorn. Wir wollen deshalb einen Rechtsan-
 spruch auf einen qualitativ hochwertigen Tagesbetreuungsplatz auch für Kinder
 unter drei Jahren. Bei den Investitionen in die Zukunft unserer Kinder darf sich
 der Bund nicht entziehen. Die bestmögliche Förderung der Kinder erfordert
 größte gemeinsame Anstrengungen. Deshalb brauchen wir eine Beteiligung des
 Bundes an der Kitafinanzierung.

1370 Rechnen, lesen, schreiben ist nicht alles. Soziales Verhalten und das Zusammen-
 leben der Geschlechter und Kulturen, Kommunikation, musische Fähigkeiten,
 Bewegung und gesunde Ernährung, emotionale Intelligenz gehören zur ganz-
 heitlichen Bildung dazu. Jedes Kind soll die Chance erhalten, diese Grundkom-
 petenzen auszubilden.

1375 **Strittig ist:** *Deshalb planen wir einen Gutschein in Form einer Kinderkarte, die wir bedürftigen Kindern in die Hand geben wollen, womit sie beim Fußballverein, bei der Musikschule, beim Judo- oder Ballettunterricht zahlen können.*

1380 Darüber hinaus müssen die Angebote für Kinder und Jugendliche vor Ort im Stadtteil in den Vereinen und Nachbarschaftsheimen, aber auch unmittelbar an den Schulen ausgebaut und allen zugänglich gemacht werden.

1385 Wir setzen auf den Ausbau der Infrastruktur, ohne die tatsächlich notwendigen Transfergeleistungen zu vernachlässigen. Wir haben die Leistungen für Familien um fünfzig Prozent gesteigert. Der Kinderzuschlag für gering verdienende Eltern im Rahmen des Arbeitslosengeldes II ist ein richtiges Instrument zur Förderung von Familien und zur Armutsprävention. Wir wollen ihn in Umfang und Reichweite ausbauen.

Mehr Platz für Kinder

1390 Das Wohlergehen unserer Kinder muss in unserem Blickfeld sein, wenn wir Politik machen: In der Städte- und Verkehrsplanung, um Kindern Raum und Sicherheit in den Straßen und auf öffentlichen Plätzen zu geben. In der Wohnungsbaupolitik, um ihren Platzbedarf zu befriedigen. Kinder brauchen Bewegung und gesunde Ernährung in Kitas und Schulen.

1395 Die Folgen schlechter Ernährung beeinträchtigen nicht nur die Gesundheit und die Leistung, sie prägen die auch Lebensqualität und Entwicklungsmöglichkeiten eines Kindes. Die Spätfolgen belasten unser Gesundheitssystem. Wir werben bei Eltern und Erziehern für gesunde Ernährung und haben begonnen, durch Informationen für Kinder und Erwachsene Ernährungsgewohnheiten zu ändern. Wichtig ist auch eine bessere Förderung von Spiel-, Bewegungs- und Gesundheitserziehung im Vorschulalter und im Schulsport. Darüber hinaus muss Bewegung im Alltag, zu Fuß und mit dem Rad sowie durch spiel- und bewegungsfreundliche Lebensbedingungen angeregt werden.

Eltern unterstützen

1405 Zu einer familienfreundlichen Infrastruktur gehören auch bedarfsgerechte und qualitativ hochwertige Beratungs- und Unterstützungsangebote für Mütter und Väter. Wir brauchen niedrigschwellige Angebote der Elternbildung, und zwar dort, wo Eltern und Kinder sind. Eltern und Kitas und Schulen müssen enger zusammen arbeiten, bevor etwas schief geht.

1410 Die gewaltfreie Erziehung von Kindern, die wir gesetzlich verankert haben, wollen wir durch Präventionsprogramme und durch eine enge Zusammenarbeit von Gesundheits- und Jugendhilfe fördern. Elternkompetenz ist das eine. Gleichzeitig kann ein gewaltfreies Miteinander an Schulen durch die Ausbildung von Konfliktlotsen oder Streitschlichtern unterstützt werden. Um Kindern ihre Rechte im Sinne der Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen – die Deutschland endlich vorbehaltlos unterstützen muss- bekannt zu machen, wollen wir dafür werben, Kinderrechte in den schulischen Lehrplänen zu verankern.

1415

Gleiche Chancen - Gleiche Rechte - - Selbstbestimmung für Frauen

1420 Eine solidarische Modernisierung der Gesellschaft gibt es nicht ohne Geschlechtergerechtigkeit – gleiche Rechte und Chancen für Frauen und Männer in allen Lebensbereichen sind dafür Voraussetzung. Chancen für Frauen heißt für uns Chancen für alle Frauen und Anerkennung ihrer unterschiedlichen Lebensentwürfe und Biografien. Wir wollen Frauen, die selbstbewusst ihren Karriereweg gehen. Wir wollen junge Frauen, die Informatik studieren und Solarflugzeuge bauen. Wir wollen Jungen, die Erzieher werden und Väter, die in Elternzeit gehen, ohne als Exoten zu gelten. Wir wollen, dass „Rabenmutter“ so hoffnungslos veraltet klingt wie „Fräulein“.

1430 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN waren der Motor der Gleichstellungspolitik in der Koalition. Wir haben heute ein deutlich höheres Maß an Gleichberechtigung in Politik, Beruf und Gesellschaft als 1998. Frauen beanspruchen weitaus selbstverständlicher Führungspositionen in Politik, Wirtschaft und Medien.

1435 Wir wollen, dass Gleichstellungspolitik ein hartes Politikfeld ist. Eine offensive Gleichstellungspolitik ist Voraussetzung einer modernen Gesellschaft. Erfahrungen aus anderen Ländern zeigen, dass eine hohe Erwerbsbeteiligung von Frauen für mehr wirtschaftliche Dynamik sorgt. Die Folge ist mehr Stabilität in den sozialen Sicherungssystemen. Eine gezielte Unterstützung von Frauen kann dazu beitragen, dass die Nachfrage nach personenbezogenen Dienstleistungen steigt, was zu mehr Arbeitsplätzen führt. Wir können es uns nicht erlauben, auf die Ideen und die Kreativität junger Frauen zu verzichten, sondern müssen sie durch eine gute Ausbildung fördern.

1440 Grüne Politik ist Politik für Frauen - mit Priorität. Wir stehen dafür, dass Frauen die Hälfte der Macht und Männer die Hälfte der Verantwortung bekommen. Hierarchien und Machtunterschiede zwischen den Geschlechtern sind aber noch lange nicht ganz und schon gar nicht überall abgebaut. Und noch immer tragen Frauen die doppelte und dreifache Last, wenn sie Beruf und Familie vereinbaren wollen. Das Rollenspektrum für Männer hat sich nicht im gleichen Maße erweitert wie das der Frauen. Die gerechte Teilhabe beider Geschlechter an allen wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Aufgaben voranzutreiben, ist Ziel unserer Politik.

Aktiv für Gleichberechtigung

1450 Wenn es um Führungspositionen von Frauen geht, nimmt Deutschland einen kläglichen Platz im internationalen Vergleich ein. Deshalb wollen wir die strukturellen Errungenschaften weiter fördern: Das Frauenthema muss Querschnittsthema bleiben, in allen Politikfeldern, auf allen Ebenen und auch in den Haushalten verankert werden. Die ausdrückliche Förderung von Frauen in Wissenschaft und Forschung, sowie die Förderung moderner Management-Ansätze gehören genau so dazu. Wir wollen, dass endlich auch hierzulande die unterschiedliche Zusammensetzung von Teams in Alter, Geschlecht oder ethnischer Herkunft bewusst zur Förderung von Innovation und Kreativität als Erfolgsfaktor genutzt wird. Wir haben das Gleichstellungsgesetz für den öffentlichen Dienst erfolgreich umgesetzt. Nun brauchen wir endlich ein Gleichstellungsgesetz auch für die Privatwirtschaft.

Frauen brauchen Freiheit und soziale Sicherheit

- 1465 Frauen wollen viel im und vom Leben. Die Freiheit, ihre Ansprüche zu verwirklichen, auch die Vereinbarkeit von beruflichem und familiärem Erfolg selbstverständlich zu leben, erfordert Mut und Vertrauen, Eigeninitiative und soziale Absicherung. Immer mehr Frauen sind heute gut ausgebildet, aber prekär beschäftigt mit sehr wechselnden zeitlichen Anforderungen und Einkommen. Oder sie sind alleinerziehend. Solidarische Modernisierung heißt: Wir dürfen bei dem Ziel der individuellen Absicherung keine Lücken zulassen. Deshalb brauchen wir eine
- 1470 stärkere Entkoppelung der sozialen Sicherung von der Erwerbstätigkeit. Die eigenständige Existenzsicherung ist Ziel unserer Frauenpolitik. Frauen brauchen gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit. Frauen brauchen einen existenzsichernden, eigenständigen Rentenanspruch. Die Kopfpauschale der Union in der Krankenversicherung degradiert sie wieder zu Bittstellerinnen. Das Ehegatten-
- 1475 Splitting setzt falsche Anreize, ist ökonomisch unsinnig, sozial ungerecht und muss deshalb abgeschmolzen werden.

- Wir brauchen eine Infrastruktur, die allen unabhängig vom Geldbeutel und privaten sozialen Netzen ermöglicht, ihre Kinder gut betreut und mit echten Startchancen im Leben zu wissen. Wir wollen auch Anreize für Väter schaffen, ihren
- 1480 Teil der Erziehungsleistung zu übernehmen. Hier ist auch die Wirtschaft gefordert. Praktische Geschlechtergerechtigkeit existiert erst dann, wenn die Sicherheit einer bedarfsgerechten Kinderbetreuung allen Frauen und Männern eine eigenständige Lebensplanung mit Kindern ermöglicht.

- 1485 **Strittig ist:** *Wir wollen die Zeit nach der Geburt durch ein einkommensabhängiges Elterngeld mit Sockelbetrag und Obergrenze absichern. Dabei wird ein nicht übertragbarer Teil der Zeit dem 2. Elternteil vorbehalten und der bestehende Elternzeit Anspruch flexibilisiert.*

Frauenrechte sind Menschenrechte

- 1490 In Deutschland wird jede vierte Frau im Laufe ihres Lebens Opfer von häuslicher Gewalt. Wir treten konsequent für den Schutz von Frauen vor Gewalt ein. Mit dem Gewaltschutzgesetz haben wir den Schutz der Frauen vor Gewalt deutlich verbessert. Es bedarf eines breiten Netzwerks von Frauenhäusern und Beratungsstellen für alle Frauen, die Opfer von Gewalt werden. Wir brauchen wirksame Maßnahmen gegen Täter, die Frauen nachstellen und sie bedrohen.
- 1495 Migrantinnen sind von Gewalt in besonderer Weise betroffen. Häusliche Gewalt, Zwangsverheiratung und „Ehrenmorde“ müssen konsequent bekämpft werden. Diese spezifischen Phänomene männlicher Gewalt sind Menschenrechtsverletzungen und nicht kulturell oder religiös zu begründen. Ins Ausland zwangsverheirateten Migrantinnen wollen wir eine längere Rückkehroption nach Deutschland eröffnen. Wir haben bereits das eigenständige Aufenthaltsrecht für Mi-
- 1500 grantinnen eingeführt und die Anerkennung geschlechtsspezifischer Verfolgung durchgekämpft – gegen den Widerstand von CDU/CSU.
- Wir wollen gemeinsam mit den Selbstorganisationen von Migrantinnen und Mi-
- 1505 granten das Recht auf Freiheit, Gleichheit und vor allem körperlicher Unversehrtheit von Frauen erkämpfen, wo immer es möglich ist.
- Frauenhandel ist eine Form von Sklaverei und ein schwerwiegender Verstoß gegen die Menschenwürde. Wir haben die Strafbarkeit beim Menschenhandel und bei der Zwangsheirat verschärft und den Opferschutz verbessert. Wir wol-

- 1510 len weitere Maßnahmen zur Stärkung der Opfer zur besseren Verfolgung der Täter ergreifen. Dazu gehören ein Zeugnisverweigerungsrecht für die Fachberatungsstellen und die Weiterbildung von Justiz und Polizei genauso, wie eine europaweite Notrufnummer und eine verbesserte Zusammenarbeit auf internationaler Ebene.
- 1515 Wir haben mit dem Prostitutionsgesetz die Rechte der Prostituierten gestärkt. Jetzt geht es darum, seine Durchsetzung sicher zu stellen, damit die Beschäftigungsverhältnisse auch Wirklichkeit werden. Die Politik von CDU/CSU zielt darauf ab, dieses Thema wieder in die Schmutzdecke zu verweisen und im öffentlichen Raum zu tabuisieren. Das ist Politik auf dem Rücken der Prostituierten. Mit uns ist diese Art von Doppelmoral nicht zu haben.
- 1520 **Recht auf reproduktive Selbstbestimmung**
- Wir wollen das Recht der Mädchen und Frauen auf ein selbstbestimmtes Leben sichern und fördern. Deshalb werden wir uns dafür einsetzen, dass ihr Recht, sich ohne äußeren Druck für oder gegen eine Schwangerschaft zu entscheiden, gewahrt bleibt. Frauen brauchen in diesen Grenzsituationen Unterstützung und keinen Druck, auch nicht durch das Strafrecht. Das Selbstbestimmungsrecht heißt für uns aber auch, künstliche Befruchtung nicht nur für Verheiratete zuzulassen. Schwangere müssen das Recht haben, vorgeburtliche Gentests abzulehnen. Medizinische Aufklärung und Beratung - auch psychosoziale Beratung, wenn ein Test eine Behinderung des Ungeborenen diagnostiziert – wollen wir
- 1530 dringend verbessern.

Offene Gesellschaft und demokratische Teilhabe – Bürgerrechte stärken.

1535 Wir wollen Sie für eine moderne Gesellschaftspolitik gewinnen, die die Bürger- und Menschenrechte achtet, Vielfalt respektiert und die demokratische Teilhabe aller fördert. Dies kann uns nur in einer offenen Gesellschaft gelingen, an der alle gleichberechtigt teilhaben können. Eine lebendige Demokratie setzt nicht nur das Recht auf Teilhabe, sondern auch die Möglichkeit dazu voraus. Dafür muss Politik die Voraussetzungen schaffen. Deshalb stehen die Bürger- und Menschenrechte im Zentrum unserer Politik. Für uns ist Bürgerrechtspolitik keine Frage kurzfristigen taktischen Wahlkalküls. Wir verkürzen die Bürgerrechte nicht wie die FDP auf Freiheit minus Gerechtigkeit. Für uns sind die Grund- und Menschenrechte unteilbar.

1545 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für eine Politik der Anerkennung und treten gegen Ausgrenzung ein. Wir werben für eine weltoffene und pluralistische Zivilgesellschaft, die die unterschiedlichen Lebensentwürfe respektiert. Anerkennung und Respekt müssen einhergehen mit der Einhaltung gemeinsamer und verbindlicher Regeln. Maßstab hierfür ist das Grundgesetz.

1550 Mit stärkeren Beteiligungsmöglichkeiten in den Kommunen, im Bund und in Europa wollen wir die Teilhabe erleichtern und bürgerschaftliches Engagement, die vielfältige Kulturszene und die demokratische Nutzung der neuen Medien fördern.

1555 Der demokratische Rechtsstaat achtet und schützt die Grundrechte aller Menschen. Dabei hat er auch die Aufgabe, die Bürgerinnen und Bürger vor Gewalt, Gefahren und Verletzungen zu schützen. Ein starker Rechtsstaat ist aber niemals ein übermächtiger Überwachungsstaat. Er ist stark, eben weil er nicht alles darf. Er respektiert die Lebenswelten, in denen die Bürgerinnen und Bürger vor staatlichen Eingriffen sicher sein können. Wir stellen uns denen entgegen, die die Grund- und Menschenrechte leichtfertig zur Disposition stellen. Das oberste Prinzip allen staatlichen Handelns muss die Unantastbarkeit der Menschenwürde bleiben. Wir widersetzen uns allen Versuchen, sie gegen andere Rechtsgüter abzuwägen.

1560

Vielfalt hat Zukunft – Für eine Politik der Anerkennung und gegen Ausgrenzung

1565 Wir stehen für die Anerkennung von Verschiedenheit, für Respekt und Gleichberechtigung jeder Person. Das Versprechen kultureller Homogenität der Konservativen dagegen ist eine realitätsferne Illusion und wirkt spaltend. Wir lehnen es ab, in „wir“ und „die“ zu unterscheiden und Menschen damit auf ihre vermeintlichen Defizite zu reduzieren. Dort wo Menschen aus unterschiedlichen Kulturen, mit unterschiedlichen Fähigkeiten und Lebensentwürfen zusammentreffen und voneinander lernen, herrscht Dynamik und entsteht etwas Neues. In der modernen, pluralistischen Gesellschaft steckt ein enormes Potenzial, das ohne eine aktive Gleichstellungspolitik verschenkt wird. Niemand darf willkürlich vom Markt ausgeschlossen werden. Alle müssen gleiche Chancen haben beim Zugang zu Beschäftigung, zu Gütern und Dienstleistungen. Daher brauchen wir ein Antidiskriminierungsgesetz – unbürokratisch, bürgerfreundlich und mit Augenmaß. Niemand soll wegen des Geschlechts, der ethnischen Herkunft, der

1575

Religion oder Weltanschauung, der sexuellen Identität, des Alters oder wegen einer Behinderung benachteiligt werden.

- 1580 Wir haben Lesben und Schwule vom Rand in die Mitte in die Gesellschaft geholt: eine kleine Kulturrevolution. Das Lebenspartnerschaftsgesetz hat in der Gesellschaft große Zustimmung gefunden. Damit ist der Boden bereitet, nun auch die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare, das volle Adoptionsrecht und die volle rechtliche Gleichstellung von Lesben und Schwulen in Angriff zu nehmen. Soziale Bindungen wollen wir stärken und nicht bestrafen. Wir wollen die rechtliche Stellung nichtehelicher Lebensgemeinschaften verbessern und Rechte und Pflichten in ein faires Verhältnis bringen. Wir treten für die Freiheit der christlichen, jüdischen, islamischen und anderer Religionen ein, sowie für die Freiheit, keine Religion zu haben. Wir wollen auch den Islam als gleichberechtigte Religion anerkennen und rechtlich und politisch integrieren.
- 1585
- 1590

Zukunftsaufgabe Integration

- Die multikulturelle Gesellschaft ist Realität, die wir demokratisch gestalten wollen. Sie ist Bereicherung und Herausforderung. Sie ist nicht bequem, beinhaltet aber immense Potenziale. Migrantinnen und Migranten sind selbstverständlicher Teil unserer Gesellschaft. Kulturelle und religiöse Vielfalt werden das Leben in unserer alternden Gesellschaft von Generation zu Generation stärker kennzeichnen. Mit einer im Polizei- und Ordnungsrecht verhafteten Ausländerpolitik werden wir diesen Herausforderungen nicht mehr gerecht. Deshalb haben wir einen Perspektivwechsel eingeleitet: Weg von der alten Ausländer- und Aussiedlerpolitik, hin zur Integrationspolitik als gesellschaftspolitischer Zukunftsaufgabe. Für uns ist Integration der Prozess zu einem Leben in geltendem rechtlichen Rahmen, mit sozialer Chancengleichheit und kultureller Selbstbestimmung. Unser Land muss sich interkulturell öffnen – vor Ort in den Städten, in den sozialen Regeldiensten, in Verbänden, Verwaltung und Politik. Die frühe sprachliche Integration der Kinder ist eine Schlüsselaufgabe der Integrationspolitik. Doch integrieren kann sich nur, wer Zugang zu Bildung hat. Unser Bildungssystem muss fähig werden mit sozialer und kultureller Heterogenität umzugehen. Wir haben mit der Lebenslüge, Deutschland sei kein Einwanderungsland Schluss gemacht und so Integrationsdefizite erst aufgezeigt.
- 1595
- 1600
- 1605
- 1610 Eine zukunftsfähige, moderne Integrationspolitik kommt nicht ohne rechtliche Gleichstellung und die politische Integration der Migrantinnen und Migranten aus. Wir laden die Migrantinnen und Migranten ein, Bürger dieses Landes zu werden und setzen uns dafür ein, dass die Türen geöffnet werden – auch in den oberen Etagen und Leitungsfunktionen. Wir setzen uns ein für die erleichterte Einbürgerung und die großzügige Hinnahme der doppelten Staatsbürgerschaft. Der automatische Verlust der Staatsbürgerschaft bei Deutschen, die einen anderen Pass annehmen, führt zu erheblichen Unsicherheiten und muss dringend reformiert werden.
- 1615
- 1620 Bürger- und Menschenrechte für Zugewanderte und die Einhaltung humanitärer Verpflichtungen gegenüber Flüchtlingen sind und bleiben Kernanliegen grüner Politik. Dies war unsere Leitlinie bei den Verhandlungen zum Zuwanderungsgesetz. Einige Reformansätze sind im Vermittlungsverfahren auf der Strecke geblieben, anderes haben wir durchsetzen können. In einem entscheidenden Punkt aber unterlaufen die Innenministerien von Bund und Ländern den erklärten Willen des Gesetzgebers: Die Kettenduldungen sind nicht abgeschafft worden. Dies werden wir nicht hinnehmen. Wir werden uns mit aller Kraft dafür einsetzen,
- 1625

1630 dass der Geist des Zuwanderungsgesetzes die Politik bestimmt und nicht der Kleingeist mancher Verwaltungen. Wir brauchen daher endlich klare gesetzliche Bleiberechtsregelungen. Die Integrationskurse müssen für alle, die daran teilnehmen wollen, zugänglich und eng mit den Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit verknüpft werden. Auch illegal in Deutschland lebenden Menschen stehen die grundlegenden Menschenrechte zu.

Sicherheit rechtsstaatlich gestalten

1635 Es ist Aufgabe des Staates, die Bürgerinnen und Bürger vor Terroranschlägen, Kriminalität und Gewalt zu schützen. Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 in den USA haben wir mit den Terrorismusbekämpfungsgesetzen die erforderlichen Maßnahmen schnell und entschlossen ergriffen und für die Balance zwischen Sicherheit und Freiheit gesorgt. Dort, wo staatliche Eingriffe notwendig werden, setzen wir sie zielgenau und verhältnismäßig ein. Absolute Sicherheit
1640 kann es nicht geben und es wäre falsch sie zu versprechen. Wir setzen auf eine Politik mit Augenmaß, die konsequent an den im Grundgesetz garantierten Grundrechten festhält. Bei Sicherheitsgesetzen, die einen erheblichen Grundrechtseingriff beinhalten, drängen wir auf wirksame rechtsstaatliche Kontrollen, achten auf deren Befristung und stellen die Wirkungen dieser Vorschriften fortlaufend auf den Prüfstand. Ziel muss sein, im Zweifelsfall auch wieder abrüsten
1645 zu können – wie bei der rechtsstaatlich fragwürdigen Kronzeugenregelung, die wir nicht verlängert haben. Wir setzen auf einen erweiterten Sicherheitsbegriff und sagen: Jenseits staatlicher Eingriffsbefugnisse erfordert öffentliche Sicherheit auch eine Politik der Integration, des Dialogs, der Solidarität und Toleranz.

1650 Die föderale Struktur der Sicherheitsbehörden hat sich bewährt. Gleichwohl muss die Zusammenarbeit der Behörden des Bundes ebenso wie die Zusammenarbeit von Bund und Ländern verbessert werden. Das hat unter strikter Beibehaltung der Trennung von Polizei und Nachrichtendiensten zu geschehen. Wir lehnen eine Grundgesetzänderung zum Einsatz der Bundeswehr im Innern ab,
1655 diese ist für die Sicherheit der Menschen nicht erforderlich. Die Gefahrenabwehr ist Ländersache und damit Aufgabe der Polizei. Auch ein Hintertreiben des staatlichen Gewaltmonopols durch eine schleichende Privatisierung öffentlicher Ordnung lehnen wir ab.

„Der Mensch hat ein Recht darauf, in Ruhe gelassen zu werden.“

1660 Diese Formulierung des Bundesverfassungsgerichts im Urteil zum großen Lauschangriff ist Leitlinie unserer Politik. Vertrauensvolle Kommunikation in Privaträumen, am Telefon, mit dem Seelsorger oder Arzt müssen in jedem Falle möglich bleiben. Zur Reform der überhand nehmenden Telefonüberwachung haben wir ein neues Konzept erarbeitet, das auf Verfahrenssicherungen, wirksamere richterliche Kontrolle und mehr Transparenz setzt. Denn Deutschland
1665 muss runter von Platz 1 bei der Zahl der Telefonüberwachungen und sie klar einschränken. Die Datensammlungs-Sucht entwickelt sich mehr und mehr zu einer ernststen Bedrohung für die Bürgerrechte. Wir dürfen nicht zulassen, dass praktisch alle Bürgerinnen und Bürger unter Tatverdacht gestellt werden. Die europäischen Pläne, Anbieter von Telemediendiensten zu verpflichten, die Verkehrsdaten ihrer Kunden für den Zugriff von Polizei und Nachrichtendienste auf Vorrat zu speichern lehnen wir ab. Die in einer EU-Verordnung vorgesehene
1670 Einführung biometrischer Pässe ist teuer, sicherheitspolitisch wenig wirksam, gegenüber Missbrauch nicht sicher und unter Datenschutzgesichtspunkten pro-

1675 blematisch. Wir haben gesetzlich festgeschrieben, dass es keine zentrale Referenzdatei für biometrische Daten gibt. Daran halten wir fest.

Wir wollen Diskriminierungen aufgrund der genetischen Konstitution verhindern und das Recht des Einzelnen auf Nichtwissen in einem Gentestgesetz verankern. Versicherungen oder Arbeitgeber sollen nicht auf genetische Daten zugreifen dürfen.

1680

Föderalismusreform für klare Verantwortlichkeiten im Bundesstaat

Für die Bürgerinnen und Bürger muss klar sein, wer was entscheidet und zu verantworten hat. Dazu wollen wir eine grundlegende Reform des deutschen Föderalismus, die die Parlamente in Bund und Ländern stärkt. Am Ziel der gleichwertigen Lebensverhältnisse halten wir fest. Gesamtstaatliche Belange muss der Bundestag, Belange der Länder müssen die Landtage entscheiden können. Die Mitwirkungsrechte des Bundesrates wollen wir auf die wirklichen Länderbelange begrenzen. Wir wollen, dass der Bundestag ein Umweltgesetzbuch entwickeln kann. In der Europapolitik muss der Handlungsspielraum des Bundes gesichert werden, um die deutschen Interessen in Europa wirkungsvoll vertreten zu können.

1685

1690

Wir weisen Versuche zurück, etwa bei der inneren Sicherheit durch Verdoppelung der Zuständigkeiten den Wirrwarr zu vergrößern.

Zugleich wollen wir den Landesparlamenten wieder mehr eigene Zuständigkeiten übertragen. Wo kein bundesweiter Regelungsbedarf besteht, sollen die Länder ihre Politik gestalten. Eine Reform der Finanzverfassung muss ihre Steuerautonomie stärken und zugleich den solidarischen Finanzausgleich sichern. Bereiche wie der öffentliche Dienst der Länder und der Ladenschluss sollten vom Bund auf die Länder übergehen.

1695

1700 Städte und Kommunen stärken

Wir stehen zur kommunalen Selbstverwaltung in Deutschland. Sie stärkt die Handlungsfähigkeit vor Ort und ermöglicht eine aktive Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger. Eine solide Finanzbasis ist unerlässlich. Wir halten an der Gewerbesteuer fest und wollen sie zu einer kommunalen Wirtschaftsteuer weiterentwickeln. Alle wirtschaftlich Tätigen vor Ort sollen sich an der Finanzierung der kommunalen Aufgaben beteiligen. Die Grundsteuer wollen wir in ihrem Charakter als kommunale Vermögensteuer und als Gegenleistung für die kommunale Infrastruktur stärken. Wir wollen den Gemeinden zu mehr Mitsprache bei der Gesetzgebung von Bund und Ländern verhelfen. Wir setzen uns für ein Anhörungsrecht der Kommunen auf Bundesebene ein.

1705

1710

Mit den Programmen Soziale Stadt, Stadtumbau Ost und Stadtumbau West haben wir GRÜNEN innovative Instrumente für eine soziale und nachhaltige Stadtentwicklung verwirklicht. Nirgendwo spüren die Menschen direkter, ob ihre Regierung sich für die Belange und die Umwelt der Menschen engagiert. Stadtentwicklung ist ein fortdauerndes Ringen und Abwägen der Interessen an Nutzung knappe Flächen. Unter dem Aspekt der Lebensqualität kommt es darauf an, die Mobilitätschancen benachteiligter Gruppen zu verbessern. Wir setzen uns ein für eine moderne, an die Interessen und Bedürfnissen der Menschen orientierten Stadtplanung und Stadtentwicklungspolitik. Der Bevölkerungsrückgang bedroht zunehmend auch die wirtschaftliche Basis vieler Städte und Regionen. Bund und Länder müssen diesen Kommunen helfen,

1715

1720

Anpassungsstrategien zu erarbeiten und sie bei der Aufrechterhaltung der notwendigen Infrastrukturen unterstützen.

Bürgerfreundliche und starke Justiz

- 1725 Die Menschen müssen die Gewissheit haben, dass sie in angemessener Zeit und unabhängig vom Geldbeutel ihre gesetzlichen Rechte durchsetzen können. Gebühren in Sozialgerichtsverfahren lehnen wir ab. Justiz ist nicht billig – billige Justiz ist nichts. Wir wollen durch Konzentration auf Kernaufgaben Einsparpotentiale ausschöpfen, ohne den Rechtsschutz der Menschen zu beschneiden und
- 1730 die unabhängige Stellung der Richterinnen und Richter zu beeinträchtigen. Erstinstanzliche Urteile müssen grundsätzlich überprüfbar sein, denn der Rechtsweg ist die zentrale Garantie für einen Rechtsstaat. Die Verfahrensordnungen müssen fortentwickelt und vereinfacht werden. Die Reform des Sanktionenrechts war überfällig. Im Jugendstrafrecht gilt es, den Erziehungsgedanken zu stärken und den Jugendstrafvollzug gesetzlich und rechtsstaatlich zu regeln.
- 1735

Kriminalität macht an den Staatsgrenzen nicht halt. Deshalb ist es richtig, die europäische Zusammenarbeit bei der Strafverfolgung voranzutreiben. Gleichzeitig müssen jedoch auch die rechtsstaatlichen Garantien für die Beschuldigten mit dieser Entwicklung Schritt halten. Dies ist im Moment nicht im Ansatz gewährleistet. Die Mindestrechte im Strafverfahren müssen hohen Standards genügen.

1740

Die Kriminalisierung der Konsumenten ist der falsche Weg, wenn der verantwortungsvolle Umgang mit Drogen das Ziel ist. Bei weichen Drogen wie Cannabis wollen wir unter Berücksichtigung des Jugendschutzes eine legale Abgabeform ermöglichen.

1745 Einmischen erwünscht!

- Demokratie lebt von der aktiven Einmischung der Bürgerinnen und Bürger. Teilhaben heißt aktiv mitgestalten. Wer sich einmischen und seine Bürgerrechte wahrnehmen will, braucht Information. Die Verwaltung muss sich von den Bürgerinnen und Bürgern in die Karten schauen lassen. Deshalb haben wir für das Informationsfreiheitsgesetz gekämpft, welches den Paradigmenwechsel vom obrigkeitsstaatlichen Amtsgeheimnis zu einem modernen und transparenten Staat vollzieht. Wir bringen die Bürgerinnen und Bürger näher ans Parlament. Durch die Einführung von Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheiden auf Bundesebene wollen wir - bei Gewährleistung der Grundrechte und des
- 1750 Minderheitenschutzes - die direkte Beteiligung ausbauen. Mit der Stärkung des Petitionsrechtes halten wir die Kommunikationskanäle zwischen den einzelnen Bürgern und dem Parlament offen. Die Stimme der Jugendlichen wollen wir mit dem aktiven Wahlrecht ab 16 Jahren stärken. Demokratische Beteiligung bringt auch Europa den Menschen näher. An der europäischen Gesetzgebung muss der Bundestag stärker beteiligt werden. In wichtigen Fragen müssen die Bürgerinnen und Bürger Europas direkt abstimmen können.
- 1755
- 1760

Bürgerschaftliches Engagement ist der Nährboden, auf dem eine lebendige Demokratie gedeiht. Engagement braucht Anerkennung und Förderung – z.B. durch den von uns eingeführten Versicherungsschutz für Freiwillige - nicht aber Zwang. Mit dem Ausbau der Jugendfreiwilligendienste wollen wir das Angebot an die große Nachfrage der Jugendlichen anpassen. Die Jugendfreiwilligendienste sind ein wichtiger Lernort zwischen Schule und Beruf, bieten Orientierung und stärken Selbständigkeit. Das Engagement der jungen Alten und derer, die

1765

1770 nicht erwerbstätig sind oder die sich beruflich neu orientieren, wollen wir mit altersoffenen, flexiblen Freiwilligendiensten fördern. Denn viele Menschen sitzen zu Hause mit dem Gefühl, nicht oder nicht mehr gebraucht zu werden. Doch unsere Gesellschaft ist auf die Potenziale dieser Menschen angewiesen. Wer etwas fürs Gemeinwohl tut, tut auch etwas für sich selbst.

Rechtsextremisten keine Chance

1775 Der Kampf gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit ist zentrales Anliegen der Politik von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Die NPD sorgt nicht nur im sächsischen Landtag für einen Skandal nach dem anderen. Die Zahl der rechtsextremistischen und rassistischen Delikte steigt, auch der Gewalttaten. Der Antisemitismus und andere menschenfeindliche Haltungen finden den Weg bis in die „Mitte der Gesellschaft“. Ein zentraler Punkt ist dabei die Aufklärung über die Verbrechen der Nazizeit - in Schulen, Medien, durch Gedenkorte wie den ehemaligen Konzentrationslagern, dem Mahnmal für die ermordeten Juden Europas und weitere Gedenkorte für Sinti und Roma und Homosexuelle. Wir brauchen eine Erinnerungskultur, die nicht vernebelt, sondern aufklärt und Lehren zieht aus der Nazizeit. Einen Schlusstrich kann es nicht geben. Deshalb muss auch die personelle Kontinuität zwischen NS-Regime und staatlichen Behörden in Ost und West nach 1949 weiter historisch aufgearbeitet werden. Das stärkste Argument gegen Rechtsextremisten ist eine aktive demokratische Zivilgesellschaft. Wir wehren uns gegen Versuche der Union, Initiativen gegen Rechts zu stigmatisieren. Wir brauchen attraktive demokratische Netzwerke, die Gegenangebote machen. Im Bund verteidigen wir die zivilgesellschaftlichen Programme für Demokratie und gegen Rechtsextremismus und sorgen für ihre Weiterfinanzierung.

1780

1785

1790

1795 Wir wollen Zuständige bei Polizei, Justiz und Verwaltung dafür sensibilisieren, bei Rechtsextremismus genauer hinzuschauen.

Kulturelle Räume stärken

Wir GRÜNEN unterstützen eine starke und vielfältige Kulturszene. Wir wollen ihre Freiräume verteidigen und ihre Rolle im öffentlichen Raum stärken. Jugendzentrum und Opernhaus, Film und Bildende Künste, Theater und Club, Literaturhaus und Laufsteg sind uns allesamt wichtig. Hochkultur und Populärkultur tragen gleichermaßen zur ästhetischen und ethischen Orientierung unserer Gesellschaft bei. Kultur und Kunst sind gesellschaftlicher Impuls und Lebenselixier. Kultur ist aber auch Bedingung für die demokratische Gesellschaft und zentrale Dimension eines selbstbestimmten Lebens. Deshalb muss sie auch da gefördert werden, wo sie sich nicht unmittelbar „rechnet“. Wir wehren uns gegen die politische Instrumentalisierung von Kultur als bloßem „Standortfaktor“. Wir kämpfen für die Freiheit der Kultur und der Künste, auch für die Freiheit jenseits des Mainstreams.

1800

1805

1810 In großen Städten wie auch auf dem Land sind öffentliche Kulturräume massiv bedroht – in vielen Dörfern schließen Jugendhäuser und Kinos, in Städten werden Kulturinitiativen von Shopping Malls verdrängt. Wir setzen uns für eine lebendige Kultur in den Städten und Gemeinden ein. Der zunehmenden Verödung der Innenstädte setzen wir eine Idee einer Stadtkultur entgegen, die auf Vielfalt und Begegnung setzt. Dörfer dürfen nicht zu Zonen der kulturellen Ödnis werden. Gerade dort gibt es viele Menschen, die Musik machen oder Theater spielen. Gerade junge Menschen brauchen öffentliche Orte der Kreativität und des Austausches. Die Erhaltung und Schaffung der kulturellen Infrastruktur aus Ju-

1815

- 1820 gendzentren, Ateliers, Proberäumen, Stadttheatern, Aufführungs- und Ausstellungsorten ist deshalb Ziel unserer Politik - ob nun in staatlicher Trägerschaft oder durch die Förderung privater, selbstorganisierter Initiative. Um dies zu gewährleisten, setzen sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für die finanzielle Stärkung der Kommunen bei der Wahrnehmung ihrer Kulturaufgaben ebenso ein wie für die Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements im Kulturbereich.
- 1825 Wir wollen Bundeskulturstiftung und Hauptstadt-Kulturfonds stärken, denn ihnen kommt eine entscheidende Rolle bei der Förderung einer lebendigen Kulturlandschaft zu. Wir befürworten die Empfehlung der Enquete-Kommission, den Schutz und die Förderung von Kultur in das Grundgesetz aufzunehmen. Ein gemeinsames Europa braucht zudem eine Kultur-Charta, die auf eine kulturelle Völkerverständigung abzielt.
- 1830 Die Mittel der Auswärtigen Kulturpolitik dürfen nicht weiter gekürzt werden. Den Beschluss und die anschließende Ratifizierung der „UNESCO-Konvention zur Kulturellen Vielfalt“ wollen wir vorantreiben. Die UNESCO-Konvention über „Maßnahmen zum Verbot und zur Verhütung der unzulässigen Einfuhr, Ausfuhr und Übereignung von Kulturgut“ wollen wir endlich ratifizieren.
- 1835 **Medien demokratisch nutzen²**
- 1840 Information ist eine der wichtigsten Ressourcen unserer Zeit. Medienkompetenz – im praktischen Umgang mit Medien wie auch in Bezug auf die inhaltliche Bewertung – ist daher eine der Schlüsselqualifikationen des 21. Jahrhunderts. Wir setzen uns für eine demokratische und offene Informationsgesellschaft mit einer vielfältigen Medienlandschaft ein, an der alle teilhaben können. Die Medienpolitik von Bund und Ländern muss die entsprechenden Rahmenbedingungen dafür schaffen. Dazu zählt insbesondere die Erhaltung einer vielfältigen Presse- und Rundfunklandschaft. Hierfür benötigen wir effektivere Aufsichtsstrukturen und eine dauerhafte Absicherung des dualen Rundfunksystems mit einem zukunftsfähigen öffentlich-rechtlichen Rundfunk und Bürgermeiden wie offenen Kanälen und freien Radios. Wir wollen Bürger- und Nutzerrechte ausbauen und gleichzeitig der Wirtschaft die notwendigen Rahmenbedingungen für die Entfaltung von Innovationen zur Verfügung stellen. Wir wollen den Zugang zum Internet für alle Bürgerinnen und Bürger ermöglichen. Dazu zählen barrierefreie Webangebote für Blinde genauso wie Kurse, die auf die speziellen Bedürfnisse von Kindern oder Senioren abgestimmt sind. Das Internet ermöglicht den schnellen, unbürokratischen Dialog mit Politik und Verwaltung, aber auch verstärkten Bürokratieabbau und mehr Effizienz. Diese Chancen des Netzes für mehr Demokratie und Transparenz wollen wir nutzen.
- 1845
- 1850 Wir unterstützen neue Modelle und Initiativen zu einer möglichst weiten Verbreitung von Wissen und zur Schaffung kreativer Leistungen, wie Open Access oder Creative Commons. Wir wollen Freie Software und Offene Standards verstärkt fördern und werden uns weiterhin vehement gegen eine Patentierung von Software einsetzen. Staatlich finanziertes Wissen z.B. in Gesetzestexten oder wissenschaftlichen Publikationen soll so frei wie möglich zugänglich sein. Viele Bürgermedien – z.B. Portale, WIKIS, Foren- finden längst im Netz statt und müs-
- 1860

² Sie konnten mitreden! In einem demokratischen Diskussionsprozess hatten die Internetnutzer der grünen Web-Seite, die Möglichkeit diesen Absatz zu gestalten, den wir gekürzt aufgenommen haben.

sen sich so frei wie möglich entfalten können. Zu einer verbesserten Verbreitung von Wissen brauchen Universitäten, Bibliotheken und Forschungseinrichtungen moderne Nutzungs- und Zugangsmöglichkeiten.

1865

Europa in der Einen Welt. Globalisierung gerecht gestalten

- 1870 Solidarische Modernisierung endet nicht an unseren Grenzen. Wir wollen die Globalisierung politisch gestalten. Der Verweis auf globalisierte Märkte und weltweite Konkurrenz gilt in Deutschland vielen als Argument, die Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland und die Senkung von Sozial- und Umweltstandards zu begründen, zu rechtfertigen und als unausweichlich darzustellen. Damit finden wir uns nicht ab. Und auch nicht damit, dass immer noch ein großer Teil der Welt in Hunger und Armut lebt, während 20 Prozent der Menschheit rund 80 Prozent der Ressourcen verbrauchen. Internationale Gerechtigkeit liegt in
- 1875 unserem ureigenen nationalen Interesse, genauso wie im Interesse eines jeden anderen Landes. Denn auch wir leben besser und sicherer, wenn weltweite Ungerechtigkeit verringert wird.
- 1880 Wir GRÜNE sehen in der Globalisierung Risiken, aber auch enorme Chance für mehr Demokratie und Wohlstand in der Welt. Aber die gegenwärtige Form der Globalisierung sehen wir kritisch und sagen: Globalisierung darf kein Prozess schrankenloser Ökonomisierung sein und braucht soziale und ökologische Leitplanken. Frieden, Sicherheit, Menschenrechte, Entwicklung, Umweltschutz und die Bekämpfung der Armut sind ebenso wie die Förderung von Demokratie und Rechtstaatlichkeit die Maßstäbe GRÜNER Außenpolitik. Dabei setzen wir auf
- 1885 eine Stärkung des Multilateralismus und die Einhaltung und Fortentwicklung des Völkerrechts. Und wir setzen dabei auf eine handlungsfähigere, demokratischere EU, die als starker globaler Akteur mit einer Stimme spricht. Der Süden muss sich in der Globalisierung mit seiner kulturellen Vielfalt und seinen Identitäten gleichberechtigt wiederfinden.
- 1890 **Reformen für ein Jahrhundertziel**
- 1895 Im September dieses Jahres werden im Rahmen der UN – Generalversammlung weltpolitische Weichen gestellt. Im Kern geht es um die Frage ob Nord und Süd gemeinsame Antworten auf die globalen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts finden. Die Millenniumsziele wurden schon vor fünf Jahren formuliert, etwa das Ziel bis 2015 die Zahl der extrem armen und hungernden Menschen zu halbieren. Passiert ist seither viel zu wenig, um dieses Ziel zu erreichen. Nun liegen die Vorschläge von Kofi Annan dazu auf dem Tisch und wir wollen dass sie unterstützt und umgesetzt werden. Wenn Worten Taten folgen sollen und wir die Millenniumsziele umsetzen wollen, brauchen wir nicht nur guten Willen sondern
- 1900 mehr Geld für Entwicklung und vor allem andere Strukturen. Gerechte Globalisierung braucht reformierte Institutionen, das gilt für die Vereinten Nationen ebenso wie für Welthandelsorganisation (WTF) und den Internationalen Währungsfond (IWF).
- 1905 Wir setzen uns für eine umfassende UN-Reform ein und unterstützen die Pläne von Kofi Annan. Wir wollen die Vereinten Nationen handlungsfähiger machen und im Sinne einer guten Weltinnenpolitik besser mit anderen Institutionen verzahnen. Den wirtschaftlichen und sozialen Anliegen wollen wir stärkeres Gewicht einräumen und den Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC) aufwerten. Wir wollen die Umweltstrukturen stärken und das Umweltprogramm der Vereinten
- 1910 Nationen zu einer UN-Umweltorganisation (UNEO) ausbauen. Die Meinungsbildung und Entscheidungsfindung in der UN und im Sicherheitsrat muss repräsentativer werden.

- Die Menschenrechtskommission sollte grundlegend reformiert und aufgewertet werden. Für all das sind wir bei der Reform der UN bereit, mehr Verantwortung zu übernehmen. Im Hinblick auf die WTO stehen wir dafür, den Marktzugang für Entwicklungsländer zu verbessern, die Agrarwende international voranzutreiben, unfaire (Export-)Subventionen der Industrieländer zu beenden und auf Schutzinteressen Schwächerer Rücksicht zu nehmen. Der Handel hat die Standards multilateraler Umweltabkommen ebenso zu beachten, wie das Recht der internationalen Arbeitsorganisation. Den Handel mit „Fairen Produkten“ wollen wir stärken. Wir wollen Ernährungssicherheit und das Recht auf Nahrung in den internationalen Verhandlungen ebenso sicherstellen wie den Zugang zu sauberem Wasser, zu lebensnotwendigen Medikamenten, zu Verhütungsmitteln und zu Saatgut. Die Millenniumsziele haben sich vor allem in der Politik von IWF und Weltbank noch nicht hinreichend niedergeschlagen. Das muss sich ändern. Entwicklungsländer brauchen Handlungsspielräume. Wir wollen, dass die erlassenen Schulden durch den IWF nicht auf die Entwicklungshilfe angerechnet werden und diese dadurch mindern.
- Weder die Industriestaaten noch die Entwicklungsländer und ihre Regierungen sind dabei aus der Verantwortung zu entlassen. Gutes Regieren (good governance) und die Bekämpfung der Korruption sind zentrale Voraussetzungen für erfolgreiche Entwicklung und sollten bei weiterem Schuldenerlass berücksichtigt werden. Ohne eine Stärkung der Frauenrechte lassen sich Demokratie und Entwicklung nicht verwirklichen. In den letzten Jahren haben wir GRÜNE gezeigt, dass auch von der nationalen Ebene wichtige Impulse für die gerechtere Gestaltung der Globalisierung ausgehen können: in der Neuordnung der europäischen Agrarpolitik und beim internationalen Klimaschutz ebenso wie beim entschiedenen „Nein“ gegen den Irak Krieg oder dem Engagement für den Frieden in Nahost.
- 1940 Frieden und Sicherheit umfassend verstehen**
- Konflikte um knappe Ressourcen, HIV /AIDS, zerfallende Staaten, Internationaler Terrorismus und die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen bedrohen die kollektive Sicherheit. Sie berühren auch uns, denn geteilte Sicherheit gibt es nicht mehr. Das haben die Anschläge von New York, Madrid, Istanbul und vielen anderen Orten uns dramatisch vor Augen geführt. Doch um diesen Risiken zu begegnen, sind Präventivkriege oder kulturelle Konfrontation falsch und kontraproduktiv. Wir setzen auf ein erweitertes Konzept kollektiver Sicherheit, das zivile Konfliktbearbeitung, kooperative Entwicklung, Bekämpfung der Armut und den Erhalt der Umwelt umfasst. Das Konzept erweiterter Sicherheit steht für internationale Gerechtigkeit, tritt ein für Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit und bezieht den Dialog der Kulturen und Religionen mit ein.
- Deshalb setzen wir uns auch für die Umsetzung der UN-Sicherheitsrats-Resolution 1325 „Frauen-Frieden-Sicherheit“ ein und unterstützen Kofi Annans Vorschlag für eine internationale Terrorismuskonvention.
- Deutschland leistet im Auftrag der UN und im Rahmen von EU, NATO und OSZE zivile, polizeiliche und militärische Beiträge zu Friedenssicherung und – konsolidierung. Die anfangs sehr umstrittenen Militäreinsätze auf dem Balkan und in Afghanistan dienen heute der Gewalteinämmung und sind Voraussetzungen für einen friedlichen Aufbau. Wir unterstützen die Entwicklung einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU. Die transatlantische Zusammenarbeit bleibt ein Eckpfeiler deutscher Außenpolitik. Und wir werden uns aktiv an der Entwicklung einer neuen transatlantischen Agenda beteiligen.

- Entwicklung einer neuen transatlantischen Agenda beteiligen. Dabei engagieren wir uns für einen effektiven Multilateralismus, aber gegen Alleingänge und gegen jede Strategie, die die UN schwächt und internationales Recht aushöhlt.
- 1965 Deshalb, und wegen der zu erwartenden verheerenden Folgen, haben wir den Irak-Krieg abgelehnt. Wir unterstützen Dialog und Demokratisierung im Nahen und Mittleren Osten. Ob gegenüber China oder im Falle von Russlands Tschetschenienkrieg - wir treten aktiv für Menschenrechte ein. Wir haben uns aktiv gegen die Menschenrechtsverletzungen im Sudan engagiert. Wir haben zu dem Gefängniskandal in Abu Ghraeb und zu dem militärischen Gefangenenlager in Guantánamo Bay klar Position bezogen. Der Vorrang der zivilen Konfliktbearbeitung und Gewaltprävention muss sich international, europäisch und national finanziell widerspiegeln. Es waren wir GRUENE, die die Zivile Krisenprävention in der Politik der Bundesregierung forciert haben. Das Zentrum Internationale Friedenseinsätze (ZIF) und der neue Aktionsplan Krisenprävention gelten international als vorbildlich. Staatliche und zivilgesellschaftliche Fähigkeiten zur zivilen Krisenprävention (darunter der Zivile Friedensdienst und die Stiftung Friedensforschung) wollen wir personell, finanziell und strukturell durch ein ziviles Entsendegesetz stärken. Wir wollen ein Europäisches Ziviles Friedenskorps ausbauen und eine Agentur für Ziviles Krisenmanagement und Abrüstung einrichten.
- 1970
- 1975
- 1980 Die „neue Partnerschaft für die Entwicklung Afrikas“ (NEPAD) haben wir GRÜNE entschieden gefördert.

Weniger Rüstung ist mehr

- Der Weg zu Frieden und gerechter Globalisierung führt auch über Abrüstung. Weltweit setzen wir auf internationale Abrüstung, Rüstungsbegrenzung und die Stärkung der Rüstungskontrollregime. Wir sind auch zu einseitigen Schritten bereit. Rüstung bindet Geld, das dringend für mehr Entwicklung gebraucht wird. Landminen, Streubomben und radioaktive Munition treffen vor allem die Zivilbevölkerung und verderben ganze Landstriche. Wir wollen diese Waffen umfassend ächten sowie die Weiterverbreitung von Kleinwaffen wirksam bekämpfen.
- 1985
- 1990
- In Deutschland wollen wir auf den Abzug der hier stationierten Atomwaffen hinwirken und dadurch zur Entstehung einer atomwaffenfreien Zone in Europa beitragen. Wir haben in den vergangenen Jahren eine Verschärfung der Rüstungsexportrichtlinien und eine verbesserte Transparenz in diesem Bereich durchgesetzt. Behindert durch fehlende parlamentarische Mitwirkungsrechte waren es allein BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die sich gegen die Ausweitung von Rüstungsexporten auch an problematische Empfänger wandten. Im Sinne vorausschauender Sicherheitspolitik wollen wir den Export von Rüstungsgütern in Deutschland und der EU klarer begrenzen, transparenter gestalten und parlamentarisch kontrollieren. Die Aufhebung des Waffenembargos gegen China lehnen wir ab.
- 1995
- 2000

Wehrpflicht abschaffen - Bundeswehr für die UN befähigen

- Der Umbau der Bundeswehr für internationale Krisenbewältigung war überfällig. Wo Aufgaben und Einsatzräume aber eine zunehmende Entgrenzung erfahren, müssen klare Grenzen gezogen werden. Die Bundeswehr darf ausschließlich für die Ziele und nach den Regeln der UN zur Gewaltverhütung und Rechtsdurchsetzung im Dienste kollektiver Sicherheit eingesetzt werden. Machtpolitischer Interventionismus läuft dem zuwider. Kriege dürfen kein Mittel der Politik sein. Wir haben die Reform der Bundeswehr begonnen und sie so umgestaltet, dass
- 2005

2010 sie modernen Anforderungen gewachsen aber ihr Einsatz strikt an ein UN-Mandat gebunden ist.

Die Wehrpflicht ist sicherheitspolitisch nicht mehr zu rechtfertigen. Auch deshalb streiten wir für ihre Abschaffung und wollen sie durch einen freiwilligen flexiblen Kurzdienst ersetzen. Die frei werdenden Mittel im Bereich des Zivildienstes wollen wir für den Ausbau der Freiwilligendienste und die Schaffung regulärer Beschäftigungsverhältnisse verwenden.

2015

Mehr Geld für Gerechtigkeit – Effektiver Einsatz der Mittel

Gerechte Globalisierung kostet Geld. Deutschland hat sich verbindlich verpflichtet, bis 2010 0,51 % und bis 2015 0,7 % des Bruttoinlandsprodukts als öffentliche Entwicklungshilfe bereitzustellen. Die Aufgabe liegt auch darin, diese Gelder effektiv und gerecht auszugeben. Wir wollen für die Lösung globaler Probleme die Qualität der Entwicklungszusammenarbeit und die europäische Kooperation in diesem Bereich erheblich verbessern. Auch innovative Formen der Finanzierung nutzen, wie z.B. die europaweite Einführung einer Kerosinsteuer mit ökologischer Lenkungswirkung unterstützen wir. Staaten brauchen Handlungsspielraum – gerade auch Entwicklungsländer. Weltweite Steueroasen und Devisenspekulationen rauben ihnen diesen Spielraum. Das wollen wir ändern. Um Steueroasen auszutrocknen und um Devisenspekulationen einzuschränken, setzen wir auf internationale und europäische Kooperation. Wir begrüßen und unterstützen die britisch-französische Initiative zur Einführung der Tobin-Steuer. Wir haben begonnen, die Außenwirtschaftspolitik ökologisch und entwicklungsverträglich umzugestalten. Dabei spielen auch staatliche Exportkreditversicherungen eine wichtige Rolle. Wir wollen die begonnene Reform der Leitlinien für Hermes-Bürgschaften fortführen und mehr Transparenz, die Sicherung hoher internationaler Umweltstandards und einen besseren Schutz der Menschenrechte in ihnen verankern.

2020

2025

2030

2035

Menschenrechte ohne Rabatt

Es darf keinen Menschenrechtsrabatt geben und keine doppelten Standards - im Anti-Terrorkampf ebenso wenig wie bei der Gestaltung der Handelsbeziehungen. Menschenrechte sind universell gültig und unteilbar. Stabilität entsteht durch Demokratie und Freiheit, nicht durch Missachtung von Menschenrechten oder repressive Maßnahmen. Mit der Einrichtung des Internationalen Strafgerichtshofs haben die Menschenrechte und der Kampf gegen Straflosigkeit und Gewaltherrschaft einen wichtigen Sieg errungen, mit dem wir uns aber nicht zufrieden geben. Wir verteidigen den Gerichtshof gegen Anfeindungen und Bestrebungen nach Ausnahmeklauseln. Und wir drängen darauf, dass die USA dem Gerichtshof endlich beitreten.

2040

2045

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN steht dafür, auch die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte der Menschen zu stärken. Soziale Mindeststandards und ihre Einhaltung sind die Voraussetzung für ein menschenwürdiges Leben - überall.

2050

2055

Gerade Frauen werden ihre Rechte vielerorts verweigert. Das ist nicht nur menschenrechtlich skandalös. Untersuchungen haben gezeigt, dass überall dort, wo Frauenrechte massiv eingeschränkt werden, auch die wirtschaftliche und soziale Entwicklung nicht vorankommt. Wir unterstützen mit Nachdruck Projekte und Programme, mit denen benachteiligte Frauen und Mädchen gefördert und Frauenrechte gestärkt werden.

Europa in gute Verfassung bringen

2060 Die EU steckt in einer großen Krise: Wie kann sie das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger zurückgewinnen? Wie soll es nach den ablehnenden Referenden in einigen Mitgliedstaaten mit der EU-Verfassung weitergehen? Welche Staaten sollen künftig noch beitreten? Vor allem aber muss sie auf die Sorgen von vielen Menschen reagieren, die ökonomische Unübersichtlichkeit und materielle Unsicherheit mit der europäischen Integration verbinden. Für uns GRÜNE ist klar: Im Rahmen der EU können wir die Gestaltungskraft entwickeln, die notwendig ist, um unser europäisches Wirtschafts- und Sozialsystem fortzuentwickeln und im verschärften internationalen Wettbewerb bestehen zu lassen. Dazu brauchen wir mehr Demokratie, mehr Transparenz und mehr Effizienz in der EU. Dafür kämpfen wir und dafür brauchen wir eine europäische Verfassung.

2070 Jetzt kommt es darauf an, dass Europa nicht still steht oder in nationale Egoismen zurückfällt. Wir wollen uns daher dafür engagieren, dass die europäischen Parlamente und die europäische Öffentlichkeit dort einen neuen Anlauf starten, wo die Regierungen nicht weiter kamen. Wir setzen darauf, in einer europa-weiten Volksabstimmung die Verfassungsfrage zu entscheiden. Zur Abstimmung stehen soll der neue institutionelle Rahmen, der die demokratische Verantwortlichkeit und Transparenz Europas stärkt und die Grundrechtecharta beinhaltet.

2080 Aber viele Menschen sind misstrauisch. Sie wollen eine andere Politik. Sie sorgen sich, dass der Binnenmarkt zum Exerzierplatz neoliberaler Ideologie wird. Wir glauben, dass die Skepsis vieler Menschen in der EU eine Absage ist an eine Politik, die dem nationalen Wohlfahrtsstaat ein zu enges Korsett verordnet und eben keine Absage an die europäische Idee, Grenzen zu öffnen, Menschen zusammenzubringen und die Teilung des europäischen Kontinents zu überwinden. Und wir sind zuversichtlich, dass sich diese Menschen für eine sozial-gerechte und ökologisch ausgerichteten Politik einer demokratisch verfassten EU gewinnen lassen, die für 450 Millionen Menschen eine Zukunftsperspektive bietet.

2085 Eine sozial-ökologische Marktwirtschaft für die EU

2090 Wir wenden uns gegen eine Dienstleistungsrichtlinie, die über das Herkunftslandprinzip Druck auf soziale, ökologische und arbeitsrechtliche Standards aufbaut. Stattdessen setzen wir auf den Ausbau des europäischen Sozialmodells mit harmonisierten sozialen, ökologischen und Verbraucherschutzstandards. Steuerpolitisch wollen wir in Europa mehr gemeinsame Kooperation, um somit auch Gestaltungsspielräume für die Nationalstaaten wieder zu eröffnen.

2095 Wachstum braucht neue Energie - das gilt gerade auch für Europa. Ambitionierte ökologische Zielvorstellungen und Standards sind kein Widerspruch zu wirtschaftlicher Dynamik, sondern die Voraussetzung für Modernität und Innovation, die erst die europäische Wirtschaft als Ganzes gegenüber den beiden anderen großen Wirtschaftsräumen USA und Asien wettbewerbsfähig macht. Die Solidarische Modernisierung ist unser Reformprogramm zur Bewahrung des europäischen Gesellschaftsmodells.

2100 In den anstehenden Finanzverhandlungen werden wir dafür eintreten, dass die Bundesrepublik weiterhin einen angemessenen Teil zur Finanzierung der EU beiträgt. Dies setzt aber auch voraus, dass die internen Politiken der EU da reformiert werden, wo es nötig ist. Insbesondere stehen wir für eine weitergehende Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik.

Erweiterungsperspektiven statt begrenzter Horizonte

- 2105 Trotz des Veränderungsbedarfs, den wir gegenüber Europa anmelden, dürfen wir nicht den Ländern wie der Türkei oder den Balkan-Staaten, die auf Europa hoffen, die Tür vor der Nase zuschlagen. Wir wollen, dass die Türkei ein modernes und demokratisches Land wird, das die Menschen- und Minderheitenrechte achtet. Dies ist auch ein Beitrag zur Sicherheit in Europa und in der Welt. Wir
- 2110 wollen mit dem Beginn voraussichtlich langjähriger Beitrittsverhandlungen den Weg der demokratischen Modernisierung in der Türkei weiter fördern und ihr eine glaubwürdige Perspektive eröffnen. Merkel und Stoiber nutzen das Unbehagen der Menschen an der EU schamlos dazu aus, um Verhandlungen mit der Türkei zu verhindern. Statt uns auf diese Scheindebatte einzulassen, sagen wir
- 2115 ehrlich: die EU ist offen für alle europäischen Staaten, die die Beitrittsbedingungen erfüllen.